

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, wo keine Post am Orte, 2.75, 3.24.

Subscriptionen für die einjährige Colonelle oder deren Raum 30 Pf. Auswärtige Inland 40 Pf. Doppelhefte unter 2 Pf. 1 Pf. Inzerate für Arbeitsmächte 25 Pf. Auswärtige Berlin- u. Versammlungs-Kreislagen 15 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 244.

Breslau, Freitag, den 18. Oktober 1912.

23. Jahrgang.

Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Der Aufruf, den der sozialdemokratische Parteivorstand zur Abwehr der drohenden Kriegsgefahr erlassen hat, findet in der nationalistischen Presse die übliche Kritik. Köhntlich wird da gefragt, welche Mittel denn der Parteivorstand anwenden wolle, um den Frieden Europas zu sichern, und mit einem gewissen Triumph wird darauf hingewiesen, daß auch Genoss. Wendel in seinen Balkanreisen die Möglichkeit der sozialdemokratischen Versuche, den Balkankrieg zu verhindern und ihre in der Volksstimmung wurzelnden Ursachen dargelegt hat. Die Freude darüber, daß man trotz der Sozialdemokratie noch immer Kriege führen kann, macht fast den Eindruck bössartiger Geisteserweichung. Wirklich ein Glück für Europa, ein Segen für die Kulturmenschen, daß man sich noch immer gegenseitig abschlagen kann, und daß der Sozialdemokratie heute noch die Macht fehlt, dies unter allen Umständen zu verhindern!

Gerade aber in den Argumenten, die die Gegner anwenden, um die sozialdemokratische Friedensarbeit zu bekämpfen, liegt die beste Rechtfertigung der von der Sozialdemokratie befolgten Politik. Immer wieder wird uns gesagt, daß Kriege nur geführt werden können, wenn sie vorteilhaft sind, auch das so oft herangezogene Argument aus den Briefen des Genossen Wendel soll dazu dienen, diese Behauptung zu stärken. Wenn dem nun wirklich so ist, wenn Krieg und Frieden von der Stimmung der breiten Volksschichten abhängen, dann würde die Sozialdemokratie doch einfach ihre Pflicht veräußen, wenn sie den Einfluß, den sie auf einen großen Teil der Bevölkerung zweifellos hat, nicht dazu benützte, diesen Teil und womöglich mit ihm die überwiegende Volksmehrheit gegen alle Kriegshekerei immun zu machen.

Wir wissen nicht, was uns die nächsten Monate bringen, wir wissen nicht, ob es Ernst werden wird mit der Gefahr, daß Deutschland in den Kriegstrüdel mit hineingerissen wird, wir wissen auch nicht, ob es uns möglich sein wird, diese Gefahr, wenn sie an uns herantritt, abzuwehren. Aber das wissen wir, daß kein Leser der sozialdemokratischen Presse, kein Besucher sozialdemokratischer Versammlungen, überhaupt keiner, der vom Querschnitt sozialistischer Erkenntnis auch nur genippt hat, sich dazu hergeben wird, den Chor der Kriegsschreier und Kriegsräucher zu vermehren. Darum ist die Ausdehnung des politischen Einflusses der Sozialdemokratie auf immer weitere Kreise heute das einzige Mittel zur Erhaltung des Friedens, dessen konsequente Anwendung Aussicht auf Erfolg eröffnet. Alle jene Schichten, deren zur Schau getragene Friedensliebe mehr ist als bloße Heuchelei, werden darum, unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie eine unentbehrliche Helferin und Bundesgenossin erblicken müssen.

Es paßt wie die Faust aufs Auge, wenn die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ die angeblich so friedliebenden Regierungen Europas gegen die sozialdemokratischen Friedensbestrebungen scharf zu machen versucht. Nachdem das Bündelblatt mit der übrigen Chauvinistenpresse in das gleiche Horn geblasen und die Friedenshundegebungen der Arbeiterklasse als gänzlich belanglos hingestellt hat, fährt es fort:

Gleichwohl werden die Regierungen gut daran tun, die Entwicklung der Stimmung und die etwaigen Beschlüsse der Internationale mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und gegebenenfalls mit Entschlossenheit und Entschiedenheit einzugreifen.

Die Regierungen, die unausgesetzt ihre Friedensliebe verkümmern und nach offiziellen Versicherungen alles tun, um an Uebergrößen des Balkankrieges auf das übrige Europa zu verhindern, werden da aufgefodert, den Gegner einer kuppelosen Kriegshekerei mit Polizeigewalt in den Arm zu fassen. Wir glauben nicht, daß eine europäische Regierung tüchtig genug ist, sich durch eine derartige Stellungnahme gegen die sozialdemokratische Friedenspropaganda selber vor aller Welt zu demaskieren — ausgenommen etwa die deutsche Regierung. Würde sich aber diese dazu verstehen, in das Ringen der geistigen Volksträfte um Krieg und Frieden mit Polizeigewalt zugunsten der Kriegspartei einzugreifen — wie würde sie sich dann gegen den Vorwurf der Heuchelei und Doppelzüngigkeit noch verteidigen können?

Mag nun die Regierung tun oder lassen, was sie will, die Sozialdemokratie wird sich dadurch von dem als richtig erkannten Wege nicht um Haarsbreite abdrängen lassen. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, die allgemeine Volksstimmung so zu beeinflussen, daß alle Versuche internationaler Brandstiftung vergeblich bleiben, und daß die Regierungen nicht nur in Stand gesetzt, sondern genötigt werden, die Probleme, die der Balkankrieg eröffnet, auf dem Wege friedlicher Verständigung zu lösen. Kein Interesse an der Machtverteilung im nahen Osten kann groß genug sein, um die Entfesselung einer Katastrophe zu rechtfertigen, die ganz Europa in den Abgrund führt.

Geltingt es aber der Sozialdemokratie nicht, diese Katastrophe aufzuhalten, dann wird sie nur noch darauf bedacht sein können, den Gang der Ereignisse zu einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne auszunützen. Der eigentliche Sieger im großen Krieg der Zukunft würde das internationale Proletariat

sein. Die Sozialdemokratie will den Krieg nicht, weil er entsetzliche Leiden für die Massen des Volkes im Gefolge hat. Aber nicht sie ist, sondern die herrschenden Klassen sind es, die sein letztes Ergebnis zu fürchten haben. Die Sozialdemokratie aber wirkt, fröhlich bis zum äußersten, für die Erhaltung des europäischen Friedens.

Protest der Sozialisten. Die Lage unverändert.

Wesentliche Veränderungen sind auf dem Balkan in den letzten 24 Stunden nicht eingetreten. Es scheint, daß keiner der Gegner die Schuld der Kriegserklärung auf sich laden möchte und jeder gern dem andern den Vortritt überläßt. Die Türkei tut das unter Beileidigung der anderen Staaten. Sie erklärt, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeute keine Kriegserklärung. Die Türkei würde nur einer gleichstehenden Macht den Krieg erklären, und ziehe es deshalb vor, daß die Kriegserklärung von Bulgarien, Serbien und Griechenland ausgehe. Bulgarien aber zog sogar seine Truppen 25 Kilometer von der Grenze ins Innere zurück und räumte mehrere Grenzblockhäuser unter Zurücklassung von Vorposten. Der Ministerrat faßte bezüglich der Kriegserklärung keine Beschlüsse. Die Ablehnung des Ultimatum ist durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen überflüssig geworden. Der Ministerrat verfügte, daß kein griechisches Schiff freigegeben werden soll und daß Schiffe, die fremde Ladung haben, die Durchfahrt gestattet werde. Vielleicht sind alle diese Entschlüsse, die noch unfertigen Mobilisation auf beiden Seiten zu danken. Für Montenegro scheint sich nach der Fülle der „Siegesnachrichten“, die bis gestern einliefen, das Kriegsglück zu wenden. Sehr bedeutsam sind der Protest eines serbischen sozialdemokratischen Offiziers gegen die Kriegserklärung, und die Erklärung der Balkansozialisten, die wir unten abdrucken.

Niederlagen Montenegros?

Konstantinopel, 17. Oktober. Meldungen aus türkischer Quelle zufolge sollen vier türkische Bataillone in der Gegend von Krana 8000 Montenegriner zerprengt haben. Wie verlautet, erlitten die Montenegriner bedeutende Verluste. Man spricht von 600 Toten.

Saloniki, 17. Oktober. Bedeutende türkische Verstärkungen sind nach Skutari unterwegs. Den türkischen Truppen gelang es, starke gegen Skutari vordringende montenegrinische Streitkräfte bei Tuzi zu schlagen und ihnen sehr schwere Verluste zuzufügen. Der Versuch des Feindes, Skutari von der Seite des Bojanafusses anzugreifen, ist vereitelt worden.

Brief eines sozialdemokratischen Offiziers.

Ein Berliner Genosse stellt dem „Vorwärts“ den Brief eines serbischen Freundes zur Verfügung, der als Offizier am ersten Tage der Mobilisierung einberufen ist. Der Brief ist am 4. Oktober an der serbischen Grenze geschrieben und langte erst nach zehn Tagen in Berlin an. Der Brief ist ein menschliches Dokument, das zeigt, wie fürchterlich und entsetzlich uns internationale Sozialdemokraten der Massenmord ist. Das Schreiben lautet:

Nun ist ungefähr die Hälfte der Armee schon mobilisiert. Alle Offiziere und die Hälfte der Soldaten der ersten Altersklassen sind schon seit sechs Tagen in den Kasernen.

Die Zeit der Eröffnung der Feindseligkeiten ist unbekannt, man rechnet aber mit dem Schluß des Monats (14. Oktober). Es scheint, daß der türkische Verteidigungsplan dahin geht, sich mit der ganzen Kraft Bulgarien gegenüberzustellen. Unsere stärksten Feinde werden wohl kaum passierbare Wege und Gebirgszungen sein. Da werden die Türken einen schwer zu überwindenden Widerstand leisten. Die zweite Schwierigkeit werden die großen Fröste sein. An der serbischen südwestlichen Grenze fangen die ewig mit Schnee bedeckten Gebirge an. Die Szenen aus der Zeit, wo Suwarow die Alpen zu überqueren versuchte, werden sich wiederholen. Viele und viele Soldaten werden in der Nacht erfroren sehen bleiben.

Nur Persönliches:

Es bleiben nur wenig Leute in unserem Parteistab. Das sind die militärisch Unfähigen. Diese werden unsere Zeitung schon halten können. Ich selbst kann natürlich nicht mehr schreiben. Ich habe zwei alte Eltern, die nun ganz hilflos sind. Solange ich am Leben bin, glaube ich für sie sorgen zu können. Und jetzt?

Es ist mir unangenehm, in diese Menschenlucht zu gehen. Dagegen ist aber nichts zu machen. Ich werde mir Mühe geben, die mir unterstellten Leute zu schonen und alle Grausamkeiten zu vermeiden. Ich werde aber ehrlich kämpfen. Da wir leider mit einem unablöslichen Heere kämpfen und da wir einen

Angriffskrieg führen, so werden wir von allen Muslimen sehr gehaßt werden. Ich werde mich auf keinen Fall gefangen nehmen lassen, da ich sicher bin, dann gefoltert und gemordet zu werden. Dann lieber kämpfend sterben.

Sie werden es aus diesem Brief ersehen und ich kann es Ihnen bezeugen, daß bei mir große Seelenruhe herrscht. Ich habe keine Angst und es ist mir gleichgültig, was aus mir werden wird. Nur einen Seelenschmerz habe ich: wenn ich so jung fallen soll, dann möchte ich im Kampf für mein Ideal fallen, fallen in einem Revolution, nicht in einem Kriege! Ich bitte Sie, die Genossen im „Vorwärts“ meinerseits warm zu grüßen. Ich ziehe in den Krieg mit warmer Erinnerung an die mit am Herzen liegende deutsche Sozialdemokratie.

Seien Sie herzlichst gegrüßt von Ihrem

F. K.

Der Zug der Gefangenen.

Der Einzug der türkischen Kriegsgefangenen in Bodogoriza schildert ein Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ wie folgt:

In tiefer Finsternis nähern sich vom Süden her lange geschlossene Linien. Roter Qualm steigt von Fackeln auf, man hört leise Musik, dann dumpfes Murmeln großer Massen. 4000 und mehr (?) Gefangene kommen heran. Die montenegrinischen Einwohner von Bodogoriza heben lautlos vor ihren Häusern, man hört kurze Zurufe, überschwenglich sind sie nicht, stets derselbe herbe Ernst. Aus den Fenstern klammern sich, arm ist die Illumination, wie das Land selbst. Nur vor dem Hotel auf der Promenade herrscht regeres Leben, die betenden Mäntel und einige Kriegsreporter sind dort im Gespräch begriffen. Da kommen die Gefangenen heran, zwischen dichten Reihen montenegrinischer Infanterie, zwischen hochgewachsenen Montenegrinern zumeist kleine unterlegte Türken. Zu erst Offiziere zu Pferde ohne Säbel, manche den Kopf mit weißen Tüchern verbunden. Mit feinerer Ruhe reiten sie daher. Dahinter ein seßhaftes Gemisch von Angehörigen des Ottomanschen Reiches, Soldaten in alterer Uniformen, alte und junge Leute. Einige junge Griechen, Bulgaren, neugierig herum blickend, irische Araber mit funkelnden Augen, und viele Türken mit verschlossenem harten Blick, dann mohammedanische Araber, albanesische Reservisten mit weißen Kappeln, in deren Blicken fieberhafter Horn zu lesen ist. Zwischen qualmender Fackeln eilen sie rasch vorbei, wie Spulgestalten. Nur einmal läßt aus der dichten Zuschauermenge ein rauher gurgelnder Ruf, als einige zwerghafte Krüppel vorbeizogen. Pferde, schwer mit Offiziersbagage beladen, trappeln dahinschlurpend. Zum Schluß Musik und einige Nachzügler, von baumlangen Montenegrinern geführt. Die türkischen Soldaten halten einander häufig an den Händen, blonde, junge Burschen und schwarzbräunliche Familienväter. Endlich ein Duzend Karren mit türkischen Frauen und Kindern.

Die türkische Mobilisation

Aus Konstantinopel wird offiziell gemeldet: Die Zahl der in Mazedonien, Albanien und im Wilajet Adrianopel massierten türkischen Truppen betrug nach dem letzten militärischen Kreise am 11. dieses Monats mindestens 260.000 Mann und dürfte sich seither auf erheblich über 300.000 Mann vermehrt haben. Für den Beginn des letzten Drittels des Oktober rechnete man in diesen Kreisen mit einem türkischen Truppenstande von 500.000 bis 550.000 Mann. Das Hauptquartier der in Mazedonien operierenden Truppen wird sich in Serres befinden. Die türkische Regierung will den ihr aus mohammedanischen Kreisen massenhaft zukommenden Witten um Waffenverteilung in betreff derjenigen entsprechen, die sich der Armee anschließen wollen. An die mohammedanischen Grenzbevölkerungen worden Waffen bereits verteilt.

Grenzkämpfe.

Saloniki, 16. Oktober. Die Kämpfe zwischen türkischen und serbischen Grenztruppen begannen am Dienstag bei der kleinen Ortschaft Kraljemo, wobei die Serben einige Kanonenschiffe auf die türkischen Wachtürme abgaben. Die gegenseitige Beschließung der Wachtürme erstreckte sich, wie aus Neaküb gemeldet wird, bis Ergowische.

Der Protest der Balkansozialisten.

Das Internationale Bureau in Brüssel übersendet uns das folgende Manifest der Sozialisten der Türkei und der Balkanländer:

An das arbeitende Volk der Balkanstaaten und Asien!
An die Arbeiter-Internationale!
An die öffentliche Meinung!
Der Krieg steht vor der Tür. Wenn diese Zeilen erscheinen, ist er wahrscheinlich eine fertige Tatsache. Aber wir Sozialisten der Balkanländer und des nahen Ostens, die der Krieg direkt verurteilt, werden uns nicht von der chauvinistischen Woge fortreißen lassen. Wir erheben lauter als je unsere Stimme gegen den Krieg und laden die arbeitenden und häuerlichen Massen, wie alle aufrichtigen Demokraten ein, sich uns anzuschließen, um der Politik der blutigen Gewalt mit ihren unheilvollen

Folgen unsere Auffassung der internationalen Solidarität ent- folgen zu sehen.

Die Proletarier der Balkanländer haben nichts bei einem Abenteuer zu gewinnen, denn Sieger wie Besiegte werden gleichermassen sehen, wie der Militarismus, die Bureaucratie, die politische Reaktion und die Finanzspekulation mit ihrer üblichen Beschäftigung der Steuerlasten und Lebensmittelverwertung, der Ausbeutung und des Glanzes auf den Balkanländern und Ru- menen härter und frecher als je ihr Haupt erbeben werden.

Für die Balkanländer wird der Krieg überdies noch an- dere Folgen haben, die sich aus ihrer politischen und geogra- phischen Situation ergeben. Im Falle sie als Sieger aus dem Konflikt hervorgehen und das türkische Reich zerschlagen würde, würde der Völkervereinigung, das heißt: die wirtschaftlich reichsten Regionen und die wichtigsten strategischen Punkte, die heute der großen kapitalistischen Mächte, die sich seit Jahrhunderten gegen um Teken aus dem Orientgebiet heraus- reihen.

Oesterreich in Saloniki, England am Bosphorus und im östlichen Anatolien, England in Arabien, Deutsch- land in den übrigen Anatolien und Italien im südlichen Albanien — so ungefähr läge nach einem eventuellen Zusam- menbruch des osmanischen Reiches die Orientkarte aus.

Nun, an dem Tage, an dem die Balkanstaaten in die Klauen der Mächte fallen werden, wird es um ihre nationale Unabhängigkeit geschehen sein. Den politischen und öffentlichen Freiheiten der Völker wird mit dem Militarismus der Garau- gemacht werden und die monarchische Autokratie, gestärkt durch ihren Sieg über die Türken, wird mit neuen Krediten für ihre Armeen neue Privilegien für die Herrscher fordern. Nach die en- schiedenen Prüfungen werden die nationalen Klänge der Völker weitergehen. So, sie werden dann durch die Aspirationen der einen und anderen um die Hegemonie nur noch heftiger ent- brennen.

Eine folgende Türkei wird uns einen neu ausbrechenden schlagenden Nationalismus und muslimännischen Chauvinismus, den Triumph der politischen Reaktion, den Verlust der wenigen mit so vielen Opfern erkaufenen Verbesserungen in der inneren Re- gierung des Landes bringen und überdies den imperialistischen Triumph Oesterreichs und Rußlands herbeiführen, die sich als Helfer der bestiegten Balkanmächte ausprägen werden, um ihr schlagendes Proletariat über die ruinieren Völker zu erretten.

Um den Krieg zu rechtfertigen, berufen sich die National- listen der Balkanstaaten auf die Notwendigkeit, die nationale Einheit herzustellen oder wenigstens die politische Autonomie für ihre Nationalitäten, die sich unter türkischer Herrschaft be- finden, zu erlangen.

Die sozialistischen Parteien widerlegten sich scharf nicht der politischen Vereinigung der nationalen Elemente ihrer Län- der. Das Recht der Nationalitäten auf ein autonomes Leben ist eine direkte Konse- quenz der von der Arbeiter-Internatio- nale geforderten politischen und nation- alen Gleichheit, der Unterdrückung jeden Privilegs der Klasse, Rasse und Re- ligion. Wird diese Vereinigung durch die Tatsache einer Auf- teilung der Völker und Territorien der Türkei zwischen den klei- nen Balkanstaaten erreicht werden? Werden die Türken unter bulgarischer, serbischer oder griechischer Herrschaft ihre nationale Einheit haben? Werden die Serben vom Novi-Bazar und Mi- trovitz, die Bulgaren, die Griechen, die Albaner, Mazedonien, die bei einer Teilung eventuell unter das Reich Italiens oder Oesterreichs kämen, die Armenier und die Kurden aus dem öst- lichen Anatolien, die Türken, Griechen, Bulgaren des Wilajets von Adrianopel, die die Teile Rußlands werden, ihre nation- ale Einheit bewahren können?

Nationalismus und Nationalitäten sind unfähig eine wahr- hafte und dauernde nationale Einheit herzustellen. Was durch den Krieg geschaffen wurde, kann durch einen anderen Krieg wieder zerstört werden. Die nationale Einheit, die sich auf die nationale Unterdrückung anderer Nationen gründet, trägt in sich selbst das Erbsitz, das sie ohne Unterlaß bedroht. Der Na- tionalismus ändert nur an den Namen der Herren und an den Methoden der Unterdrückung — aber er läßt sie bestehen. Nur die politische Demokratie mit ihrer wahrhaftigen Gleichheit für alle Elemente, ohne Unterdrückung der Klasse, Religion und der Rasse kann eine wahre nationale Einheit schaffen.

Das nationalistische Argument ist in Wahrheit nur ein Vorwand der Balkanregierungen. Der wahre Beweggrund ihrer Politik ist die Tendenz nach wirtschaftlicher und territorialer Expansion, die alle Länder mit kapitalistischer Produktion charakterisiert. Die Nachbarn der Türkei suchen bei ihr dieselben Vorteile wie die Großmächte, die sich hinter den kleinen Staaten verstecken: sie wollen den Markt für die Abhebung ihrer Waren, die Unterdrückung ihrer

Kapitalen und jenes Uberschusses von bürokratischem Per- sonal, für das in der Hauptstadt kein Platz mehr ist.

Aber wenn wir die schwere Verantwortlichkeit der Balkan- staaten in dem in Aussicht stehenden Kriege wie in der Ver- gangenheit aufzulösen, als sie die innere Umwandlung der Tür- kei verhinderten; wenn wir die Doppelzüngigkeit der euro- päischen Diplomatie anklagen, die niemals ernsthafte Reformen in der Türkei gewollt hat, so wollen wir darum keineswegs die Verantwortlichkeit der türkischen Regierungen selbst vermindern. Wir klagen sie vor der zivilisierten Welt vor dem Volk des tür- kischen Reiches und ganz besonders vor den muslimännischen Massen an, mit deren Hilfe sie ihre Herrschaft aufrechterhalten können. Wir werfen dem türkischen Regime die vollstän- dige Abwesenheit wahrer Freiheit und Gleichheit für die Nationen vor — einem abso- luten Mangel an Sicherheit und Garantie des Lebens, der Rechte und Güter der Staatsbürger — das Fehlen jeder Ge- rechtigkeit, einer unparteiischen, anständigen Verwaltung. Die türkische Regierung hält an einem begabterischen Steuersystem mit den schmerzlichen Lasten fest. Sie ist gegenüber allen Ansuchen nach Reformen für die Arbeiter, für die muslimännischen und nichtmuslimännischen Bauern taub geblieben. Sie hat nur die Grundherren unterstützt und die Nomadenstämme auf die schuf- losen Bauern losgelassen.

Die türkischen Regierungen haben durch ihre sprichwört- liche Trägheit das Gland, die Unwissenheit, die Auswanderung, die Räuberei, die Massenmordaktionen in Anatolien und Rumelien, mit einem Wort die Anarchie hervorgerufen und bestärkt — die nun als Vorwand für die Interventionen und den Krieg dient.

Die Hoffnung, daß das neue Regime durch Inaugurierung einer neuen Politik der Vergangenheit ein Ende machen würde, ist gänzlich geschwunden. Die aufeinander folgenden türkischen Regierungen haben nicht nur die Fehler der Vergangenheit fort- gesetzt, sondern sie haben ihre Autorität und das Prestige eines der Türkei atrophen Scheinparlamentarismus dazu benützt, um ein System der Entnationalisierung und der Unterdrückung in Verbindung mit einem übertriebenen bürokratischen Zen- tralismus anzuwenden, das die Rechte der Nationalitäten und die Forderungen der arbeitenden Massen unterdrückt. In man- cher Hinsicht haben die Männer des neuen Systems sogar das alte übertrumpft, indem sie die imperialistische Erziehung politi- scher Gegner zu einem Regierungssystem entwickelt haben.

Wir erkennen jedoch den Völkern — und nur diesen — das Recht zu, über ihr Schicksal zu verfügen. Wir sehen dem Kriege, den wir als ein Mittel, die politischen und sozialen Probleme zu lösen, mit allen Kräf- ten widerstreben, die Aktion der bewußten und organisierten Mas- sen entgegen.

Auf das blutige Ideal der Nationalitäten, das Schicksal der Völker durch den Krieg zu entscheiden und ihre Rechte und Ge- biete zu veräußern, antworten wir mit der Bekräftigung der gebieterischen Notwendigkeit, die bereits von der Internatio- nalen sozialistischen Konferenz zu Bel- grad 1909 proklamiert wurde, alle Völker des Balkan und des nahen Orient, ohne Unterschied der Rasse und der Religion, in einer demokratischen Form auf Engle zu vereinen.

Außerhalb dieser Föderation der Völker des europäischen Orient ist für diese keine nationale dauernde Einheit möglich. Anders kann es keinen wirtschaftlichen und sozialen Fort- schritt geben, denn ihre Entwicklung wird unausgesetzt von der immer wieder rückkehrenden inneren Reaktion und der Dominanz von außen bedroht.

Was insbesondere das türkische Reich betrifft, so sind wir der Meinung, daß eine radikale Reform im Innern allein den Frieden und das normale Leben wieder bringen, die ausüblich- gen Einmischungen und die Gefahr des Krieges beseitigen und schließlich die demokratische Föderation des Balkans möglich machen kann.

Wir Sozialisten des Balkans und des nahen Orient ha- ben das hohe Verlangen der doppelten Rolle, die uns gegen- über dem gesamten Proletariat der Welt und uns selbst gegen- über zufällt. In dem wir die von den Regierungen und der dominanten Presse erzwungene Kriegsführung zurückzuschlagen, gegen jene eingewurzelt, von einer falschen Erziehung ge- nährten Affekte kämpfen, die den Kampf zwischen den National- itäten und die Klassenherrschaft begünstigen, erfüllen wir unge- schwächt unsere Pflicht der internationalen Solidarität.

Zusätzlich befinden wir uns einfach auf Vorposten, denn der Krieg auf dem Balkan trägt in sich die nahe Ge- fahr für den allgemeinen Frieden. Appetit- reizend wie er auf die großen Staaten wirkt und indem er den imperialistischen nach Eroberung gierigen Elementen in der Po- litik die Vordrängung gibt, kann er nicht nur den Konflikt zwi- schen den Nationen, sondern auch den Bürgerkrieg heraufzu-

schwören. Und da die kapitalistischen Regierungen der verschie- denen Länder durch die aufeinanderfolgenden Siege des Prote- tariats in ihre letzten Verschönerungen gebrängt sind, werden sie die sich ihnen darbietende Gelegenheit nicht verabsäumen, um unseren Kampf für die Befreiung, die Zivilisation und den menschlichen Fortschritt in dem Blut der Massen zu ertränken oder durch eine feststehende Gesetzgebung zu erlösen.

Seit Wochen und Monaten führen wir eine Kampagne gegen den Krieg. Besondere in diesem Augenblick müssen wir die Stimme zum stärksten Protest erheben. Wir sprechen hiermit unseren letzten Willen aus, mit allen unseren Kräften den Kampf zu un- terstützen, den das Proletariat der ganzen Welt gegen den Krieg, gegen den Militarismus, gegen die kapitalistische Ausbeutung, für die Freiheit für die Gleichheit, für die Befreiung der Klassen und Nationalitäten, mit einem Wort: für den Frieden führt!

Nieder mit dem Krieg!

Es lebe die internationale Solidarität der Völker!

Die Sozialisten der Türkei und der Balkanstaaten

Das Internationale Sozialistische Bureau begleitet diese Manifest mit folgenden Bemerkungen:

Einzig der Sozialismus hat während des Aufstieges im Balkan für den Weltfrieden gewirkt. Unsere Genossen im Orient haben trotz der entsetzlichen Leidenhaftigkeit, trotz ihrer aus ihrem kapitalistisch-zurückgebliebenen Willen heraus er- klärten numerischen Schwäche, nicht einen Augenblick ge- zögert, auf der Straße wie im Parlament an die Besonnen- heit zu appellieren und die kriegerischen Antriebe der kapita- listischen Klassen zu bekämpfen.

In der serbischen Hauptstadt haben einzig die beiden sozialistischen Deputierten Vaptschevic und Pa- terovic — als einzige gegen die ganze Bourgeoisie — energisch gegen den Krieg protestiert.

In der Souveränität Bulgarien hat der einzige bür- gerliche Sozialist, Sokaloff — gleichfalls ein einziger gegen die ganze Bourgeoisie — die Stimme für den Frieden erhoben, und beim Verlassen des Parlaments ist er von der chauvinisti- schen Meute mit Revolvergeschüssen traktiert worden.

Unsere um die Arbeiter-Internationale so verdienten serbi- schen und bulgarischen Genossen haben gezeigt, daß nur eine interbalkanische Verständigung mit der Türkei in der Lage ist, den Konflikt dauernd zu lösen.

Dieselbe Auffassung ist zu wiederholten Gelegenheiten von unseren Genossen in Oesterreich-Ungarn verteidigt worden, so noch in den österreichischen Delegationen am 8. Oktober dieses Jahres vom Genossen Dr. Ellenbogen, der im Namen der gan- zen sozialistischen Fraktion sprach. In diesem Lande, dem Sitz einer Großmacht, die ganz besonders an den Vorgängen im Balkan interessiert ist, haben die Sozialisten nicht aufgehört, eine äußere wie innere demokratische Politik zu empfehlen, die auf der Autonomie der Nationalitäten basiert und die dahin geht, Kriegen zu vermeiden, die zu einem allgemeinen Brand führen können.

Diese mögliche Ausdehnung des Feuerherdes hat feinerseits das Exekutiv-Komitee des Internationalen Sozialistischen Bu- reaus in seinem Manifest signalisiert, das anlässlich unserer in- ternationalen Demonstration gegen den irrtümlichen Krieg im November 1911 veröffentlicht wurde. Damals haben wir die logische Konsequenz des räuberischen Aktes Italiens aufgelegt, der wieder selbst durch das schlechte Beispiel der maroccanischen Eroberung hervorgerufen war, die ihrerseits wieder der Mit- schuld der stillschweigenden Einwilligung derselben Großmächte geschuldet war, die heute vorgeben, den Balkan hindern zu wollen, was sie selbst toleriert oder empfohlen oder sogar im Norden Afrikas verübt haben.

Das kapitalistische System ist eine Keite. Wenn Marokko Tripolis, Tripolis den Aufruf zu den Waffen im Balkan möglich gemacht hat, werden wir vielleicht morgen weiter Wo- bilisierungen und schließlich eine neue Vermehrung militärischer Kräfte erleben. Im Jahre 1910 beliefen sie sich bereits auf 1 1/2 Milliarden Franc pro Jahr. Von 1910 bis 1911 ver-

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

„Nein. Ein Tambourmajor kann es doch nicht sein“, äußerte Anton, als er jene Trohng vernahm; „gegen einen solchen würde der Kommandant der Exekutionsarmee sich ähnliche Ausdrücke nicht erlauben.“

„Jetzt macht der Weg eine Biegung. — Hier müssen sie stehen — bei Gott, da seh' ich die Trommel.“

Das hatte keine Wichtigkeit. Eine Trommel hing vor Anton, doch nicht an einem lebendigen Menschen; eine große Trommel an dem dünnen Ar eines krummen, halb demilitärischen Bauernjammers aufgehängt. Auf dem zur Erde gesenkten Stamme lag ein — Hase. Wie dieser Anton erblide, fing er aufzusehen zu trommeln an, heftiger denn vorher; seine beiden Vorder- läufe arbeiteten mit unerschütterlicher Fertigkeit, und zwar gab er für den Augenblick das Maximum zum besten, wovon man bei nächtlichen Feuerbränden schlafende Einwohner zu ermuntern pflegt.

Abermals erhob sich die zürnende Stimme, und mit den Klängen, die sie vorantrieb, sah zugleich rasch der Besizer dieser Stimme, ein wohlbeleibter Mann in grüner Jagdpeleiße ein, offenbar entschlossen, seine frühere Trohng wieder zu machen und den Trommler am Gehör zu beschädigen. Als er Anton erblidete, jagte er und fragte: „Herr Jesus, wo kommen Sie denn her?“

Dieselbe Frage wagte ich Ihnen vorzulegen, ein Wanderer an und für sich scheint mir weniger merkwürdig als ein Mann, der mit den Tieren des Waldes auf diesem Zug steht. Woher, wenn ich fragen darf?

„Da sehen Sie die Besicherung.“

In einem der tiefsten und umfangreichsten Löhler dieser waldumwachsenen Straße — man darf behaupten, daß die Straße in ihrer totalen Breite auf jeder verhängnisvollen Stelle nur ein Loch war — lag, von beiden Seiten umhüllt, ein Hagen, jenen Gebänden nicht unähnlich, in und mit denen Anton's Fremde und Feinde bereits am Strande der Flammen rauch wurden. Wenn ich sage, er lag, so beziehe ich mich gebaueten einer herkömmlichen Straße, die das Bild schlecht bezeichnet. Ich müßte sagen, „er stand“, doch seiner gewöhn- lichen Stellung als Hagen wenig entsprechende, stand er auf dem Kopf, windet sich freude er seine Füße, die Füße, zum Himmel empor, von diesem Hüfte lebend. Wie es erreicht worden sei, diesen gänzlichen Umkehr der Dinge zu bewirken, würde Anton bei allem Aufgebote der Einbildungskraft nicht begreifen haben, wäre ihm die billige Anzeigenschriftung des Reisekennzeichens nicht entgegengekommen.

„Ich habe geschlafen, sehen Sie, denn ich war müde. Der Soldat, der Johann, ist hier, sehen Sie. Hier kommt er aus dem Wald. Jetzt gerade durchgegangen, denn das ist das beste Ei- so sitzen können, weil der Hase rändelt und rändelt da oben“

„nauf über die Buzeln, bis er glücklich auf den umgestürzten Baum kommt, wo ich jetzt die Trommel aufgehängt habe. Von der rechten Seite geben die Räder über den Baumstamm, von der linken schwammen sie im Loch, sehen Sie, sogleich verfährt der Wagen unruhig, fängt an zu kippen und kippt aber auch gleich kopfüber. Und ich klope mit und erwaache im Schlamm, sehen Sie.“

„Und konnt nicht einmal fluchen, denn ich hatte das Maul voll Lehm und Wasser. Und der Johann, sehen Sie —“

„Wo ist der Johann? den sehe ich nicht.“

„Ja, wo ist der Johann? Fortgelassen ist er, in die Richtung, sehen Sie. Er hatte ohnedies sein Pferd geholt, da hat er sich aus dem Strabe gemacht, so lange ich noch nicht bei Verstande war. Ich bin froh, daß ich das überlebte. Ich hab' Sie, sehen Sie, wenn ich nur hier Rat müßte. Die Straße ist abgegangen, die sehen da im Grate angebunden. Ein Hase ist auch geritten, der sitzt bei seiner Trommel. Was aus den anderen geworden ist, sehen Sie, das weiß ich nicht. Wie Sie um die Ecke bogen, war ich gerade dabei, langsam aufzupaden, sehen Sie.“

„Da bin ich ja wohl erwünscht gekommen? Darf ich Ihnen meine Hilfe anbieten?“

Bei diesen Worten legte Anton Krutzen und Stab neben den Hagen, der ihn schmerzhaft betrachtete und Johann den Krutzen eifrig bejaucherte.

Rasch und nach wurden die einzelnen Bestandteile des halb- veruntenen Zarenkruzes aus dem Wald gebracht. Ein Hase hatte den Hals gestochen, weil ihm ein schwerer Krutzen ins Genick gesunken war. Der andere sprang, als man ihn Luft gemacht, samt er sah zu seinem noch lebenden Kameraden auf den Baum- stamm und begann das Fest seiner Lebensrettung sogleich durch leidenschaftliche Trommelschläge zu feiern, welcher Ausdruck des Wohlbehagens ihm ernstlich unterzagt werden mußte.

Dem eigentlichen Bagabunden, wie es leicht herausgezogen und auf die Beine gebracht werden konnte, war kein Leid wider- fahren. Dagegen hatten die hohen Krutzen, die zum Aufenthaltsort für die Hirsche auf Krutzen dienten, schwer- beschädigungen erlitten, indem die Schrittmänner von oben bis unten auseinandergeritten waren. Hier zeigte sich unser Korb- macher aus Nischen in alter Glorie. Mit einigen Handwerks- zeug, was ein Paarband vom Professore Preis im Rücken des Antiquar's bei Fuß führt und Jagdzug veränderten Stride, die der Beisehungsmann lieferte, ging Anton rüstig aus Werk, nicht ohne sich vorher durch ein kaltes Fröhlich gekräftigt zu haben. An Proviand war kein Mangel und auch eine volle Weinflasche unbeschädigt aus dem Schiffsbruch auf's Erdene geteilt.

Der größte Teil des Tages verging mit Herstellung einzel- ner Stücken. Anton hat überall hilfreiche Hand, wobei er sich so häufig und geschäftig zeigte, daß ihm kaum, Lob und Lebens- mittel die Hände verdrängt wurden. Als er im Lauf der wech- selnden Gespräche einsetzte, wie er planlos durch die Welt

schweife, ohne andere Absicht, als möglichst viele Städte zu berühren, wo er in der Lage sei, Erkundigungen einzuziehen über eine Person, die er zu finden strebe; und als er nicht ver- sehte, daß die Mittel zu solcher Entbedungsreise ihm so gut wie gänzlich abgingen — da machte der Mann in der grünen Jagdpeleiße ihm einen schüchternen Vorschlag in folgender Art:

„Sie sind mir sozusagen zu vornehm, sehen Sie; denn ich kann nicht lug werden aus Ihnen, weil Sie so gelebt reden und doch sind Sie eigentlich ein Korbmacher und sagen, Sie hätten gedient! Da weiß ich nicht, wie ich mit Ihnen dran bin. Aber wenn Sie sonst wollen, — denn Pferdewerk oder Krutzen ist wieder was anderes, sehen Sie. Wer in meinen Dienst geht, der hat mit Krutzen zu tun. Was meine Hagen sind, sehen Sie, das haben Sie gehört; die Hirsche sind dreifach wie Pferde, und meine Pferde sind lug, doch Ihnen nur die Sprache fehlt. Und den Johann nehme ich nicht wieder auf, sehen Sie; durchaus nicht. Er ist ein Laugenschütz, der Kerl, und bleibt einer. Ich heiße Krutzen, sehen Sie, von der b... ichen Grenze. Alle Jahre sechs Monate auf der Kunst- reise und sechs Monate zu Hause. Und junge Hagen will ich bald wieder haben, das ist Wichtigkeit. Denn ich gebrauche mehr wie zwei. Einer muß trommeln, sehen Sie, und zwei müssen Schildwache stehen; und sie wechseln ab untereinander; das ist allebei die Kunst, sehen Sie.“

„Herr Krutzen“, antwortete Anton, „wie Sie mit mir daran sind, sollen Sie bald wissen. Ich bin bereit den Dienst als Hirsche bei Ihnen anzufangen, unter der Bedingung, daß ich von einem Tage zum anderen das Recht behalte, Sie wieder zu verlassen. Ebenso können Sie mich fortlassen, wenn es Ihnen gut dünkt. Daß ich anders rede, mich anders benehme und ausbrüde, wie Ihr Johann, darf Sie nicht irremachen, nichtsdestoweniger werde ich meine Schuldigkeit tun, und ich denke, wir werden miteinander aufziehen sein.“

„Sehr zufrieden“, sagte Krutzen, „sehr; ich bin schon zu- frieden mit Ihnen, sehen Sie, heute den Namen Tau.“

Die Hirsche waren in ihre Körbe gebracht, die Hagen in ihre Kiste, die Krutzen in ihre Kiste, an Begaluz im Zuge erinnert, wieder vor den Wagen gelegt, der seinen Kampf mit den unerforschlichen Tiefen der Waldstraße weiter aussetzte sollte; Krutzen und Anton saßen bereits... da erschien Johann, der Krutzen. Er beschwerte, sein Entschließen habe keinen anderen Grund gehabt, als Hilfe herbeizuholen, die er nun doch leider nicht gefunden.

Krutzen rief alle Krutzen und Erhaben des Waldes zu Zeugnissen auf, daß Johann ein frecher Krutzen sei, zahlte ihm seinen Wochenlohn, warf ihm sein Bündel zu, empfahl ihm, sich einen Hagen mit freundlicher Aussicht zu suchen, woran er sich hängen lasse, und schloß mit einem Wink auf Anton, der ihn bereits ersetzt habe.

Johann schied mit tüchtigem Glucke. Die Hagen in der Kiste trommelten einen Tag. Die Pferde saßen in dem Wald. (Kontin.)

mehrte sich die Ziffer um mehr als 500 Millionen und im Jahre 1912 haben wir die Bewilligung von vielen Millionen für die englische Marine erlebt, eben in diesem Augenblick ümbigt die österreich-ungarische Regierung die Notwendigkeit von 450 Millionen neue Militärkredite an!

Dieses unaufhörliche Anwachsen des Militarismus kann nur die Katastrophe beschleunigen und der internationale Sozialismus schubdet es sich selbst, seinen Ruf gegen die Bestialität des Krieges zu wiederholen.

Mit unseren Freunden am Balkan protestieren wir gegen die bewaffnete Gewalt und kämpfen für die Abrüstung und das Schiedsgericht!

Mit unseren Genossen vom Balkan protestieren wir gegen die Heuchelei der Mächte, die sich als Beschützer der Balkanländer aufspielen und friedensfreundliche Paraden aufziehen, indes sie Bosnien, Finnland und Persien erdroffeln und die Ausplünderung der montenegrinischen Räuberei bezahlen.

Wenn unsere Gruppen am Balkan noch nicht den nötigen Einfluß haben, um ihrem Willen, in Frieden und Freiheit zu leben, Nachdruck zu geben, so zählen wir auf die Anstrengungen der großen sozialistischen Parteien, um kühl die Gefahren der gegenwärtigen Stunde zu überprüfen, die Ausführung der Resolutionen unserer internationalen Kongresse vorzubereiten und alle Eventualitäten ins Auge zu fassen, die uns aus dem Chaos herausführen.

Das wird auch die Aufgabe der nächsten Sitzung des Komitees sein.

Das Exekutiv-Komitee des Internationalen Sozialistischen Bureau.

C. Vandervelde, Ed. Auserle, E. Furnemont, E. Guymans, Sekretär.

Kleine Nachrichten.

Budapest, 16. Oktober. An der heutigen Börse verkehrte sich heute mittag 1 Uhr das Gerücht, daß die Mobilisierung eines Armeekorps im Süden an der serbisch-montenegrinischen Grenze angeordnet worden sei. Obwohl die Nachricht ohne jede Begründung blieb, rief sie doch ein panikartiges Weichen der Kurse hervor, so daß die Erholung, die die Börse bisher gezeigt hatte, vollständig verloren ging und die Kurse den tiefsten Stand der letzten Tage erreichten.

Paris, 16. Okt. Ministerpräsident Poincaré äußerte sich im heutigen Ministerrat über die Lage auf dem Balkan, wobei er mitteilte, daß der tägliche Meinungsaustausch zwischen allen Großmächten, der auf die Befriedigung des Konflikts abziele, fortgesetzt werde.

Politische Uebersicht.

Si denken über das einige Europa.

Die Regierungen Europas sind einig. So verkündet Herr v. Ribbentrop bei den Kellern der Kaufmannschaft, so schreibt das Wiener offiziöse „Fremdenblatt“, so liest man es in englischen und französischen Zeitungen. Wie es heute gibt, die immer entschieden wollen, sie wissen bloß nicht was, so gibt es auch Staatsmänner, die immer einig sind, sie wissen bloß nicht über was. Heute wie kein Mensch, worin die behauptete Einigkeit der Diplomatie bestehen soll, wenn nicht etwa in der berühmten guten Absicht, den Frieden zu erhalten. In dieser Absicht sind aber, wie aus ihren Proklamationen hervorgeht, auch heute noch die Türkei und die Balkanmächte einig, sie sind alle geneigt, den Frieden zu bewahren — sie können bloß leider nicht!

Ueber die leere Redensart und ein vages Gefühl hinaus kann es heute gar keine Einigkeit der Mächte geben. Denn niemand kann voraussagen, wie sich die Dinge am Balkan weiter entwickeln werden, und erst zu den abgeschlossenen Ergebnissen des Krieges werden die Regierungen nach ihrem Interessenstandpunkt Stellung nehmen können. Nachdem der Krieg wirklich ausgebrochen, ist auch die von Oesterreich und Rußland den Balkanmächten überreichte Note ein wertloses Stück Papier geworden; denn niemand wird glauben, daß es möglich sein wird, nach dem Kriege alles in den alten Stand zu versetzen und den geliebten Status quo wiederherzustellen. Auch die Mächte, die sich territorialen Verschiebungen widersetzen, wollen für die Türkei sogenannte „innere Reformen“, über die nach Abschluß des Krieges verhandelt werden wird. Die Grenzen zwischen einer „territorialen Verschiebung“ und einer „inneren Reform“ sind aber äußerst schwankend. So ist die Gewährung der Autonomie an bestimmte Landesteile der europäischen Türkei, äußerlich betrachtet, nur eine „innere Reform“, in Wirklichkeit aber bedeutet sie eine territoriale Veränderung, da die Autonomie erfahrungsgemäß nichts anderes ist, als Form oder Beginn der vollständigen Loslösung.

Auf alle Fälle werden nach dem Kriege die am Balkan herrschenden Verhältnisse einer tiefgreifenden Neuordnung unterliegen. Dabei kann es sehr leicht geschehen, daß die wirklichen oder vermeintlichen Interessen der einzelnen Mächte mit einander in Konflikt geraten. Ob dann ein solcher Konflikt auf der Konferenz selbst schieblich-friedlich ausgetragen oder ob er zu diplomatischen Verhandlungen führen wird, vermag keiner voraussagen.

Darum wäre es ganz falsch, wenn sich die Völker auf den guten Willen, die Friedensliebe und die zur Schau getragene Einigkeit ihrer Regierungen verlassen wollten. Sie dürfen es als ein gutes Vorzeichen nehmen, daß man zurzeit auf allen Seiten vor dem Losschlagen einen ganz gehörigen Respekt hat; aber sie müssen auch dafür sorgen, daß die gegenwärtige gute Stimmung so weit gefördert wird, daß sie auch in schwertgeren Tagen als in der gegenwärtigen standhält. Wir stehen aller Wahrscheinlichkeit nach in Europa vor einer Wartezeit, die nicht ungenützt verstreichen darf. Der Friede Europas wird erst gesichert sein, wenn die Völker einig sind in der Absicht, alle sich aus der Balkanlage ergebenden Interessenkonflikte, mögen sie wie immer geartet sein, auf keinem anderen Wege zum Austrag bringen zu lassen, als auf dem der friedlichen Verständigung.

Das Zentrum gegen die Erbschaftsteuer.

Der bayerische Landtag lehnte am Mittwoch mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unseren Antrag auf Einführung eines 30 prozentigen Zuschlags zur Reichserbschaftsteuer ab. In der Debatte wurde die abgelehnte Reichserbschaftsteuer und die Haltung des Zentrums zu ihr noch einmal erörtert. Der Zentrumsagrarier Speck behauptete, das Zentrum habe die Erbschaftsteuer deshalb vermerzt abgelehnt, weil man das mobile Kapital habe freilassen wollen, und er sprach die Vermutung aus, daß sich im gegenwärtigen Reichstage eine Mehrheit für eine neue Erbschaftsteuer nicht finden werde. Er deutete an, daß man dem Entwurf, wenn er kommen sollte, schließlich eine Form geben würde, daß er selbst für die Befürworter unannehmbar wäre.

Zum Reichspetroleumgesetz.

Nach so vielen trübigen Tagen hat Bethmann nun auch einmal ein paar heitere Stunden. Der Plan eines Petroleumhandelsmonopols unter staatlicher Aufsicht wird von der bürgerlichen Presse aller Parteien, wenn auch mit einiger Zurückhaltung, so doch recht sympathisch aufgenommen. Man will warten, wie die Einzelheiten ausfallen, aber mit dem Grundgedanken des Projekts ist man im großen und ganzen einverstanden. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ hätte eine prinzipiell andere Regelung vorgezogen. Sie würde in erster Linie ein staatliches Monopol für erbschaftswert halten und die Frage, ob es wirklich undurchführbar sei, muß nach ihrer Ansicht doch noch näher geklärt werden. Ihr Standpunkt beruht sich auf einigermassen mit dem unserigen, der große Unterschied besteht nur darin, daß für die konservativen Staatssozialisten ein Monopol einen anderen Zweck und eine andere Form hat, als für die Sozialdemokraten. Jenen ist nicht daran gelegen, daß die Produktion geregelt wird und die Ergebnisse des Monopols dem Konsumenten sowie so zugute kommen und vor allen Dingen ist ein Staatsmonopol in einem reaktionär regierten Staate immer wieder ein Mittel, soundsovielen Personen in die Abhängigkeit und unter die Fuchtel einer rücksichtslosen, die freie Meinung knebelnden Behörde zu bringen.

Das „Berliner Tageblatt“ hat Bedenken, ob die Ergebnisse nun auch wirklich für sozialpolitische Zwecke Verwendung finden würde. Seiner Meinung nach wird die Annahme des Bethmannschen Projektes die Konservativen und Merkanten in ihrem Widerstand gegen die Besitzsteuer bestärken. Sie würden sich dann darauf berufen, daß zur Not mit den Monopoleinkünften Defizits gedeckt werden könnten. Uns scheint diese Argumentierung insofern nicht ganz schlüssig, als die Rechte unter allen Umständen, ob mit oder ohne Monopol der Besitzsteuer die größten Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Andererseits aber hat das „D. Z.“ durchaus recht, wenn es die Verprechung der Finanzierung sozialpolitischer Maßregeln nicht ohne weiteres honorieren will. Die Erfahrungen mit der bekannten Ver Trimborn, nach der die Mehreinkünfte aus den Vieh- und Fleischhöfen für eine Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten, sind noch in zu frischer Erinnerung.

Der „Reichsbote“ endlich meint, es sei nicht recht ersichtlich, warum die Regierung, die doch auf die Geheimhaltung ihres Planes soviel Wert gelegt habe, nicht mit der Veröffentlichung nun auch noch 14 Tage gewartet habe. Richtig! Aber näher liegt es zu fordern, daß die Regierung unerbittlich den Reichstag einberuft. Arbeit hat er jetzt zur Genüge.

Die taube Muff.

Was die Regierung denen, die nach Maßregeln gegen die Fleischsteuerung riefen, gewährte, war außerordentlich wenig, aber wo man daran acht, die „Vergünstigungen“ nutzbar zu machen, stellt es sich heraus, daß in der Praxis von den kärglichen Zugeständnissen überhaupt so gut wie gar nichts übrig bleibt. Die Erfahrung macht jetzt die Stadt Berlin.

Bekanntlich ist die Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Rußland, Serbien, Rumänien und Bulgarien und die Einfuhr von lebendem Vieh aus Holland unter gewissen Bedingungen vorübergehend zugelassen. Diese bestehen in der Hauptsache darin, daß die Einfuhrerklärungen nur den größeren Städten zuteil werden, daß die Einfuhr nur für diese geschehen darf, und daß im Einzelfall die besondere Genehmigung der Staatsregierung für die Einfuhr eingeholt wird. Der Berliner Magistrat führt nun in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung, in der er 600 000 Mark zum Zweck der Beschaffung frischen Fleisches aus Rußland fordert, aus er habe, obwohl von der Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen überzeugt, doch geglaubt, versichern zu müssen, sich der gewährten Vergünstigungen für die Stadt zu bedienen.

Demgemäß haben wir sofort nach Bekanntwerden des Erlasses der königlichen Staatsregierung bei dieser den Antrag gestellt, uns die Genehmigung zur Einfuhr in vollem zulässigen Umfange zu erteilen. Die Genehmigung ist sodann auch ergangen, jedoch nur zur Einfuhr aus Rußland. Aus den genannten drei Balkanstaaten ist nur die Einfuhr von Schweinefleisch zugelassen. Da die Einfuhr aus den Balkanstaaten nun wegen der zurzeit herrschenden Vorkämpfer überhaupt nicht in Betracht kommt, bleibt lediglich die Einfuhr aus Rußland übrig.

Die Regierung schränkt also die Zugeständnisse in der Praxis gleich wieder ein. Rindfleisch aus den Balkanländern darf nicht nach Berlin eingeführt werden. Warum sie es nicht ebenso zuläßt wie das Schweinefleisch, ist allerdings nicht recht einzusehen, denn hereingekommen wäre jetzt ebensovienig Rindfleisch wie Schweinefleisch. Die Öffnung der Tür gegen Serbien, Rumänien und Bulgarien war ja doch im gegenwärtigen Moment nur ein Hohn.

Die Freikonservativen in Berlin. In Everdrud kandidiert die „Post“, daß voraussichtlich auch die Ortsgruppe der Reichspartei entweder im Verein mit den Konservativen oder mit einem eigenen Kandidaten in die Nachwahl im ersten Berliner Wahlkreis eingreifen werde. Bemerkenswerter Weise wird auch gleich von der Stichwahl gesprochen. Es soll späterer Erwägung vorbehalten bleiben, wie man sich bei einer Entscheidung zwischen dem Freisinnigen und dem Sozialdemokraten zu stellen habe, aber man hat den Fortschrittler schon recht deutlich klar ge-

macht, daß es von ihrem Verhalten abhängt, ob die Freikonservativen sich herausheben würden. Das alles klingt ja recht komisch, wenn man eine Vorstellung von den „Freikonservativen“ hat, die der freikonservative Ortsverein in Berlin mobilisieren kann, aber wer weiß, ob die Freisinnigen, die an die geringe Mehrheit des Herrn Kämpf im Januar denken, es bei den Drohungen der Montenegriner — pardon, der Freikonservativen — nicht doch ein wenig mit der Angst bekommen.

Wer das reichsparteiliche Banner als Kandidat im Kampfe vorantreiben soll, wird noch nicht gesagt. Aber wenn uns ein freundschaftlicher Rat erlaubt ist, so möchten wir den Herrn Professor Kurt Breyßig empfehlen, der durch seine Mitarbeit an der neuen freikonservativen Zeitschrift „Das neue Deutschland“ beweist, daß er sich den Vrennd und Lieber verwandt fühlt. Das würde doch etwas Leben in die Wahlbewegung bringen, wenn dieser Anwalt des „Führermentchen“ von der Rednertribüne aus seine Ideen über die neue Zeit verkündete, in der der Adel der Veste, der Stärksten, der Vornehmsten herrscht und in der der Unselbständigen, das größte Glück zurückgebracht wird, sich in die Hand eines geliebten und liebenden Führers geben zu können.

Der Gesetzentwurf zur Mindernng der Fleischsteuerung. Der Gesetzentwurf, betreffend die zeitweilige Aushebung der Schutzzölle, zur Mindernng der Fleischsteuerung, welcher dem Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914, mit Wirkung vom 1. Oktober 1913 ab, an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der von dem Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingaangszoll bis zu einem Betrage zurückzuführen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollhöhe von 95 und 27 Mark der Zollfuß von 18 Mark für den Doppeltariff zugrunde gelegt wird, ist, der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge, vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 10. Oktober angenommen worden.

Nationalliberale Wahlrechtsfeinde. In einer Sitzung des nationalliberalen Reichsverbandes führte der Generalsekretär Fuhrmann aus:

„Mit der Landtagsaktion und ihrer Führung fordern auch wir das geheime und direkte Wahlrecht unter Befestigung der Dreiteilung in den Wahlbezirken, die eine unumstößliche Durchsicherung des Prinzips des Treibstimmwahlrechts darstellt. Denn darüber möchten wir keinen Zweifel lassen: nachdem der von der Fraktion gewählte Weg des Mehrwahlrechts sich als kaum gangbar erwiesen hat, halten wir an dem im Alltagswahlrecht vorhandenen Prinzip der nach der Steuerleistung abgestuften Wahl fest und werden uns jeder weiteren Demokratisierung dieses Wahlrechts auf scharfste widersetzen.“

Das Vertrauen der Befestigung der Dreiteilung in den Wahlbezirken richtet sich direkt gegen die Sozialdemokratie, denn nur durch diese Art der Dreiteilung war es möglich, daß wir selbst in der ersten Wahlklasse Wahlmänner durchbringen konnten. Diesen „Uebelstand“ möchte Fuhrmann, der Schriftmacher der Reaktion, gerne beseitigt wissen, damit die Einteilung der Wähler in drei Klassen in voller Schönheit erhalten bleibt.

Austritt des Fiskus aus dem Verkaufsabkommen mit dem Kohlenyndikat. Nachdem das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat für 1913/14 eine erneute allgemeine Erhöhung der Richtpreise ungeachtet der von der staatlichen Bergverwaltung erhobenen Bedenken beschlossen hat, hat der Handelsminister von der Erneuerung des für das laufende Jahr geltenden Verkaufsabkommens mit dem Syndikat Abstand genommen.

Der Nachfolger Marschalls. Zum Votschaffer in London für den verstorbenen Marschall von Bi. berufen ist der Herr von Lichnowsky aussersehen. Er entstammt dem schlesischen Adel und markiert England gegenüber den „starken Mann“.

Wegen Verleumdung Wilhelm II. wurde vom Landgericht Leipzig der noch unbescholtene Schuhmacher Kaspar Koch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in betrunkenem Zustande in einer Wirtshaus eine „unfährige Äußerung“ über Wilhelm II. getan, die der Eisenbahnhilfsarbeiter Laubner hörte und zur Anzeige brachte.

Ein neuer Spionageprozeß. Am Mittwoch begann vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts ein neuer Spionageprozeß. Angeklagt sind der frühere Justizratssekretär Berger, der Steinklopper Thiebau und der Briefaufbewahrer Rarbelin, die sämtlich aus Metz und der Umgegend stammen. Die Angeklagten werden beschuldigt, seit Jahren Pläne und Zeichnungen der Festung Metz an Frankreich verkauft zu haben. Die Öffentlichkeit wurde bei Beginn der Verhandlung ausgeschlossen. Es sind 60 Zeugen geladen, von denen vorläufig nur 20 erschienen sind. Die Verhandlung wird drei Tage in Anspruch nehmen.

Aus einer Zentrumsredaktion. In unserem Kölner Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung“, macht ein Redakteur, der bei dem „Nachener Volksfreund“, einem der größten westdeutschen Zentrumsblätter, tätig war, seinem gepreßten Herzen Luft. Er schreibt u. a.:

„Wie bei so manchem Redakteur — noch sehr ehrlicher halber länger als zwei Monate am „Volksfreund“ angehalten — halten noch bei mir die am „Volksfreund“ täglich sich häufenden Eindrücke des Bestes der Lage und Heuchelei, unter dessen jermalmender Wucht alle Ideale von vornherein schmählich zerrieben werden.“

Noch kürzlicher, bei einer Betrachtung der gemeinsamen Lage, habe einer der Redakteure am „Volksfreund“ ihm zugerufen: „Wenn unsere Leser wüßten, was wir für Menschen sind!“

Bei dem Hinblick der vielen langen Reden auf dem Katholikentage habe der Verleger des „Volksfreund“ gefragt: „Warum sollen wir denn den ganzen Quatsch bringen? Es ist doch jedes Jahr das selbe Zeug!“

Den Volksverein für das katholische Deutschland habe der Chefredakteur des „Nachener Volksfreund“ die „München-Gladbacher Subellische“ und Dr. Pieper nebst Dr. Hauns, die W. Stadbacher Direktoren, die Oberköche genannt.

Der bisherige Zentrumsredakteur erklärt, daß er durch seine Veröffentlichung den Velen der Zentrumspresse die Augen öffnen wolle. Sie möchten sich auf Grund des Gelegenen ein Urteil über den „Volksfreund“ im besonderen und die Zentrumspresse im allgemeinen bilden.

Parteiangelegenheiten.

Sozialdemokratischer Kandidat für Augsburg. In der Augsburger Wahlkreisversammlung wurde der Gemeindebevollmächtigte Ludwig Krenner als Kandidat für die Nachwahl im Landtagswahlkreis Augsburg II wieder aufgestellt. Die Liberalen haben bekanntlich zu unseren Gunsten verzichtet.

Vom Straßensender der Parteipresse. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf hatte sich am Sonnabend der Verantwortliche der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse G. Müller, wegen angeblicher Bedrohung, Berrufserklärung und Verleumdung zweier nützlicher Elemente zu verantworten, die beim Streik der Firmen Ostfalia und Indre eine Rolle spielten. Nach Aufnahme des Tatbestandes blieb nur noch eine Verleumdung aus § 183 übrig, die mit 200 Mark Geldstrafe gefahndet werden mußte. Der eine Arbeitswille hatte schon einen Tag vor dem Erscheinen der betreffenden Akte die Arbeit wegen Krankheit eingestellt, der andere war schließlich in die Betrachtung gezogen worden, wofür mit genannter Strafe quittiert wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Jörster. — Redaktion und Expedition: Rosengartenstraße 7. — Verlag der „Volksfreund“, G. m. b. H. — Druck von E. Schmitt, G. m. b. H. — (Anstalt in Berlin, G. m. b. H.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Oktober.

Die festgefahreten Festbesoldeten und die Stadtverordnetenwahlen.

Der „Bund der Festbesoldeten“ Beamten, der in Breslau ein besonderes reaktionäres Gesicht herumträgt, beschloß sich in seiner letzten Mitgliederversammlung auch mit bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, für welche die konservativ-liberalen Bürgervereine nicht weniger als vier Beamtenkandidaturen aufgestellt haben, nämlich die Herren

- Oberpostkammerer Kapelle
- Rademeister Berthold
- Eisenbahnassistent Heideich und
- Eisenbahnsekretär Seizer.

Aus der Versammlung wurde Klage darüber geführt, daß der Magistrat die Interessen des Beamtenstandes bisher nicht genügend berücksichtigt und sogar Eingaben der Beamten wegen der Lebensmittelsteuer unbeantwortet gelassen habe, was bekanntlich auch den organisierten Gemeindefunktionären schon oft geschehen ist, ohne daß sich ein „rechtstehender“ Stadtverordneter darüber entäußert hätte. Die Beamten eigene Vertreter ihres Standes in die Stadtverordnetenversammlung entsenden. Natürlich könnten sie das nicht ohne Hilfe der anderen Berufsstände tun. Darum liegt es im Interesse der Beamten, die genannten Kandidaten unter Zurückstellung der Parteipolitik zu unterstützen. Soweit ging die Sache glatt, die Schwarzblauen glaubten ganz unter sich zu sein. Aber siehe da, in der Diskussion meldete sich Postsekretär Zander und behauptete, daß die von den Kreisämtern vorgeschlagene Beamtenkandidatur des Oberpostkammerers Kressmer vom Verein nicht in Frage gezogen worden sei. Der Vorstand des Verbandes habe darin eine Pflicht verläumt. Als Vertreter des Vorstandes erklärte „Oberstaatsanwaltschaftssekretär“ Landmann, daß Herr Kressmer „nicht dem Verbandsangemeldet worden sei“, so daß eine Stellungnahme zu der Kandidatur nicht möglich war. Geheimrat Grüner, der bekannte konservativ Wahlmacher, erklärte die Kandidatur für „nicht opportun“. Herr Stein, der Vorkämpfer des Militärärzterverbandes, bedeutete, daß die „prononcierte Kandidat einer bestimmten Partei“ nicht die Stimmen aller Beamten für sich in Anspruch nehmen könne und nach längerer Auseinandersetzung fiel der liberale Kandidat unten durch. Er war zu „prononciert“ für eine bestimmte Partei. Herr Kapelle aber, der seit undenklichen Zeiten den Züritreiber für die Konservativen macht, der ist nicht „prononciert“, der wurde proklamiert! Nach dieser Meinung ist es auch kein Wunder, daß sich der politisch neutrale „Bund der Festbesoldeten“ dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie angeschlossen, „wobei hervorgehoben wurde, daß gelegentliche Unzufriedenheit von Beamtengruppen mit ihrer Lage nicht so gedeutet werden dürfe, als ob diese Beamten sich auf den Boden der Sozialdemokratie stellten.“ Warum der Entschuldigungszettel? Fühlen sich die Herren unter Verdacht?

Jedenfalls können die christlichen Arbeiter von diesen Beamtenkandidaturen eine recht eifrige Förderung der auch von ihnen gewünschten Arbeitslosen-Versicherung erwarten!

Eine gewaltige Versammlung städtischer Handwerker und Angestellter.

Die sich mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte, tagte am Mittwoch Abend im großen Saale des „Promprinzen“. Wohl an tausend Angestellte der Stadt aus allen Zweigen der Verwaltung, aus den Betriebswerken, von der Straßenbahn, die Wärter und Hospitaldiener in Uniform, die Leute aus der Promenadenverwaltung, selbst die Grabpfliegerinnen vom Gräbchener Friedhofe, kurz alle Kategorien hatten sich eingefunden, um zu bekunden, daß sie nicht nur in der städtischen Anzahl von 1100 ihren Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation vollzogen haben, sondern daß sie sich auch um die Kommunalwahlen mehr als bisher kümmern wollen. Stadtverordneter Brosig eröffnete namens des sozialdemokratischen Wahlkomitees die Versammlung und begrüßte die so zahlreich Erschienenen. Darauf nahm das Wort zu seinem Vortrage über: „Die städtischen Angestellten und die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen“, der als Redner vorgesehene Stadtverordnete Löbe, der etwa folgendes ausführte:

Wenn Sie zusammengekommen, um zu den Stadtverordnetenwahlen Stellung zu nehmen, so geschieht es mit dem doppelten Interesse des Bürgers und des städtischen Angestellten, dessen wirtschaftliches Wohl oft von der Zusammenfügung der Stadtverordneten-Versammlung, den Deputationen und der Stimmung des Magistrats abhängig ist. Neben der Organisation, die zu einem erfreulichen Wachstum auf 1100 Mitglieder aufweist, spielt also die städtische Vertretung für ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen eine hervorragende Rolle. Man kann wohl zu behaupten, daß die Stimmung ihren Forderungen gegenüber sich seit den Zeiten bedeutend gebessert hat, wo Herr Dr. Bender die Verbandsvertreter auf die Straße setzte. Es fehlt heute vielleicht nur noch an der Energie, die Wünsche und Ablichten des Magistrats bei einem Teile der offenbar widerwilligen Beamten und selbstherrlichen Beamten zum Durchbruch zu bringen. Die Herren Meuser vom Hafen und Obel vom Markt sind dafür das beste Beispiel. Herr Meuser, der sogar nach dem Beschluß seiner Deputation über eine Arbeiterwohlfahrtseinrichtung einfach sagt: Das machen wir nicht! Es liegt aber zu hoffen, daß jetzt Herr Matting, der nach eigener Bekundung mit einem größeren Tropfen sozialen Oels gesalbt ist, diejenigen Tendenzen im Magistrat stützen wird, die den Arbeitern auch einem unwilligen Vorgesetzten gegenüber die Möglichkeit widerfahren lassen. Der Redner bespricht sodann die Stellung seiner Fraktion zu dem städtischen Steuerwesen, Schulwesen, Gesundheitspflege und Armenwesen und verweist besonders bei den städtischen Betriebswerken und der Arbeitslosenversicherung.

Die Forderungen der Markt-, Gas-, Hafen- und Straßenbahnarbeiter, die in dem letzten Monat eingereicht sind, hatten sich ganz im Rahmen der letzten Erfüllung befunden. Sie bezwecken zum Teil eine gerechte und wohlwollende Behandlung, eine gleichmäßige Regelung und Abstützung der Alterszulagen ohne Rücksicht auf die „Gunn“ die einzelne sich zu erkämpfen versuchen. Ferner geht Redner auf die Einführung der Gasabgaben und der Arbeiterwohlfahrt ein und hebt hervor, daß ihm der Behauptungstakt unserer Straßenbahn nicht so gelöst erscheint, daß man die Kandidaten darauf nicht besonders verhalten müßte. Die im Schulwesen gemachten Fortschritte werden anerkannt und die nächsten Aufgaben zur weiteren Verbesserung besprochen. Redner führt eine Anzahl drastischer Einzelheiten an, wie sich die Stellung einzelner bürgerlicher Stadtbürger zu sozialpolitischen Fragen unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik und der öffentlichen Meinung geändert hat und schließlich mit einem kräftigen Appell, dafür zu sorgen, daß wirkliche Arbeiterfreunde in das Stadtparlament gewählt werden.

Die Versammlung folgte den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und unterbrach ihn oft



Protestversammlungen

gegen

Wahlrechtsraub, Kriegsgefahr und Teuerung

finden statt:

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Biegenhals. Im „Waldschloßchen“. Redner: Genosse Th. Wolff-Breslau.

Hundsberg. Im „Blauen Birich“. Redner: Gewerkschaftssekretär W. Winter-Breslau.

Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr:

Ohlau. In der „Stadt Cels“. Redner: Gewerkschaftssekretär F. Zent-Breslau.

Sonntag, vormittags 11 Uhr:

Breslau. Im „Cafe Restaurant“. Redner: Parteivorstandssekretär S. Müller-Berlin.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Brieg. In der „Harmonie“. Redner: Parteisekretär Th. Müller-Breslau.

Goldberg. Im „Neuen Saale“. Redner: Gewerkschaftssekretär R. Richter-Breslau.

Sahnan. Im „Weißen Löwen“. Redner: Gewerkschaftssekretär Karl Goldschmidt-Breslau.

Kainzen. Im „Garten“. Unter freiem Himmel bei Müller, Oberdamm 42. Redner: Lagerhalter B. Hober-Breslau.

Cels. Beim Schmiedemeister Zeißert, Hinterhäuser. Redner: Parteivorstandssekretär S. Müller-Berlin.

Märzdorf. Beim Gastwirt Wohl. Redner: Bäckermeister S. Jigon-Breslau.

Neustadt. Im Garten des Gewerkschaftshauses. Redner: Gewerkschaftssekretär D. Zimmer-Breslau.

Reiße. Im Kasinoarten. Redner: Genosse Th. Wolff-Breslau.

Reisenberg. Wird noch bekannt gegeben. Rednerin: Genossin A. Lawatsch-Breslau.

Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Trautenberg. Im „Stern“. Redner: Stadtv. E. Neulirch-Breslau.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:

Trebnitz. Im Kaiser-Wilhelm-Garten. Redner: Gewerkschaftssekretär W. Meiner-Breslau.

Das Thema lautet überall: Wahlrechtsraub, Teuerung und Kriegsgefahr! und soll eine machtvolle Kundgebung gegen die heutigen politischen wie wirtschaftlichen Zustände bedeuten. Daher ist es Aufgabe der einzelnen Genossen, recht viele zur Versammlung zu agitieren, damit durch einen Massenprotest die herrschenden Klassen über den Willen der wertvollen Bevölkerung informiert sind.



durch stürmischen, langanhaltenden Beifall, besonders wenn er an den Mut und die Ueberzeugungstreue der städtischen Arbeiter appellierte, ohne Scheu derjenigen Partei die Stimme zu geben, die die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung am entschiedensten vertritt. Eine große Anzahl von Meldungen in den Verband und in den sozialdemokratischen Verein, sowie Bestellungen auf die „Volkswacht“ waren der Erfolg, der sich schon in der Pause nach dem Vortrag bemerkbar machte. In der Diskussion sprach Johann der Leiter des Gemeindefunktionären-Verbandes, Genosse Heintze, der den Freunden aus dem Verbandsaus Herz legte, das hier Gehörte zu befolgen, der aber an die anderen alle, die der Organisation noch fernstehen, den Appell richtete, nicht länger den kämpfenden Kollegen fernzubleiben, sondern sich in Reich und Glied zu stellen. Mit einem ermunternden Schlußwort des Stadtverordneten Brosig fand die imposante Versammlung um 1/2 11 Uhr ihr Ende.

Das Ober-Versicherungsamt und die Verschmelzung der Krankenkassen.

Zu der sonderbaren Entscheidung des Oberversicherungsamts in Breslau über die Frage der Kassenverschmelzung, wird uns geschrieben:

Nach der Entscheidung des Oberversicherungsamts dürfte also der größte Teil der Kassen bestehen bleiben, weil man zu erwarten ist, daß alle Kassen, die es bisher noch nicht getan haben, den Kassensatz antrag stellen werden.

Die Kaiserliche Verordnung vom 5. Juli 1912 hat eine ganz neue eigenartige Rechtslage geschaffen. Nach dem jetzt für die Vereinigung und Auflösung der Kassen allein maßgebenden Recht der Reichsversicherungsordnung kann sich eine besondere Ortskrankenkasse mit der allgemeinen verschmelzen, wenn die Ausschüsse beider Kassen einig sind. (§ 268 der R.-V.-O.) Das ist aber natürlich erst dann möglich, wenn eine allgemeine Ortskrankenkasse im Sinne der R.-V.-O. besteht. Dies ist aber erst vom 1. Januar 1914 an der Fall.

Der bisherige leicht gangbare Weg der Verschmelzung ist jetzt gesperrt worden. Eine besondere Ortskrankenkasse kann sich zwar vom Ober-Versicherungsamt zur gegebenen Zeit auflösen lassen (§ 269 Absatz 1 der R.-V.-O.), dann aber

schwebend die Mitglieder frei in der Luft, denn es wird dem Versicherungsamt unmöglich sein, nach § 300 der R.-V.-O. eine zuständige Kasse zu finden, der sie die Mitglieder zuweisen kann, solange eben nicht eine allgemeine Ortskrankenkasse nach den Bestimmungen der R.-V.-O. geschaffen ist.

Eine Vereinigung zweier besonderer Ortskrankenkassen vor dem 1. Januar 1914 ist jetzt nach der strengen Auslegung der R.-V.-O. nicht zulässig. Es ist jede Abänderung im Aufbau der Ortskrankenkassen auf das neue Recht vor dem 1. Januar 1914 überhaupt unmöglich. Man vergeblich wagt sich, was das für eine Großstadt wie Breslau mit ihren 33 Ortskrankenkassen und 13 Betriebskrankenkassen wirklich bedeutet. Es sollen alle die Massen, die keinen Zulassungsantrag gestellt haben oder nicht 250 Mitglieder aufweisen, mit dem 1. Januar 1914 durch die neue allgemeine Ortskrankenkasse aufgenommen werden. Es ist dadurch der Hauptwert des Finanzschicksals des Aufsichtsrates der R.-V.-O. auf so lange Zeit verloren gegangen.

Der neue Ober-Kassendirektor der allgemeinen Kasse soll dann alle anderen Massen übernehmen, die in die neuen Geschäftskassen zu einem Zuge einziehen. Der Ober-Kassendirektor steht sich mehr als einem Duzend seiner bisherigen gleichgestellten Kollegen als Untergebenen gegenüber, denen die Eingewöhnung in abhängige Stellung nicht so leicht fallen wird. Die Geschäftsführung mit dem Publikum in den beschränkten Räumen der Kasse, die Zahl der einander zum Teil völlig unbekanntem Beamten, das alles soll sich mit einem Takte umrichten? Wie besprechen das bitte!

Die ministerielle Verfügung vom 5. Juli d. J. schafft ein Lohnabohr, wie es früher nicht gedacht werden kann. Das Inkrafttreten eines neuen Rechtes dieser Massen durch eine Gesetzesänderung ist ein großer Fehler, wenn deren Schöpfer mit dem Tage zusammentrifft, wo die Änderung in Kraft tritt.

Nach § 241 der R.-V.-O. können allgemeine Ortskrankenkassen nur durch den Beschluß des Gemeindeverbandes errichtet werden. Neben mehrere berufliche Gemeindeverbände in Breslau und einigen sich diese nicht, dann entscheidet das Ober-Versicherungsamt und ordnet die Errichtung der allgemeinen Ortskrankenkasse an; ebenso bestimmt das Ober-Versicherungsamt die Errichtung der allgemeinen Ortskrankenkasse, wenn diese nicht rechtzeitig errichtet werden ist. (§ 242 der R.-V.-O.)

Die Kaiserliche Verordnung vom 5. Juli 1912 besticht Vorschriften auf tatsächliche Behältnisse anzuwenden, auf die sie nicht zugeschnitten sind. Die außerordentlichen Behältnisse einer Ueberanzahlzeit und die Gefahr unüberhältnismäßiger offener nicht gelohnter praktischer Nachteile werden es mit sich bringen, daß viele Großstädte einfach von dem § 241 der R.-V.-O. Gebrauch machen werden und als Gemeindeverband überhand nehmen die Errichtung einer „insinieren“ allgemeinen Ortskrankenkasse beschließen werden. Das Baum für diese einzige Kasse ist im laufenden Jahre auszuräumen. Die einzelnen größeren Massen können schließlich bis zur Schaffung eines eigenen Verwaltungsapparates als „tatsächliche Behältnisse“ werden, indem man ein zeitweiliges Verlangen der umfangreichen Krankenversicherung in den laufenden Geschäften vermeiden würde. Den Verordneten würde man dann schließlich den großen „Kassendirektor“ erwählen.

Die nächsten Wochen werden uns in die Entscheidung des hiesigen Versicherungsamts als gleichzeitigen Geschäftsträger des Gemeindeverbandes der Stadt Breslau und damit die erwünschte Klärung der Verhältnisse bringen.

Probefestungen der Arbeiter-Gesangsvereine.

Am gestrigen Mittwoch sollte im Gasthaus „Pereleker“ ein Probefest der hiesigen Gesangsvereine stattfinden, ebenso sollte ein Massenchor produzieren. Es kam jedoch nicht dazu, weil zwischen den einzelnen Vereinen Meinungsverschiedenheiten austraten. Ohne weiter für oder gegen einen oder den anderen Verein Partei ergreifen zu wollen, möchte ich im allgemeinen bemerken, daß auch beim Gesang die Devise gilt: Einfachheit macht stark! Die Gesänge der hiesigen Vereine hat heute nicht mehr den Juch, wie vor 20 bis 30 Jahren, sich unter Chantieren einige veranzügelte Akorde zu machen, an denen manchmal auch gefungen wurde, sondern den, sich einem Ganzen dienbar zu machen. Heute, wo von den Komponisten an die Männerchorvereine oft geradezu übermenschliche Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Stimmkraft und Schlagsicherheit gestellt werden, hat der kleine, nur für seine vier Hände arbeitende Gesangsverein seinen Platz mehr in der Vergangenheit. Schon sein Repertoire wird ihn hindern, mit der Zeit mitzugehen. Zumal die sozialdemokratischen Sänger haben in Herrn Vogel eine so gewaltige, unerschöpfliche und stichtige Kraft, daß sie sich keiner Übung unbedingt anvertrauen dürfen. Wobin die Probefestungen einer kleinen Vereinigung führen, wenn sie lediglich auf ihre 20 bis 30 Mann angewiesen, sich einmal hören lassen will, das zeigte der unter Leitung des Opernsängers Herrn Gröger stehende kleine Gesangskörper, der am Mittwoch mit zwei Wiedern bestürzte: „Freiung am Rhein“ von Braun und „Reut ist heut“ von Kressmer. Die Kaiserliche Arbeit des Dirigenten war überall erkennbar; es wurde in rhythmischer Beziehung recht frisch und akkurat gesungen, aber an feineren Mänuen oder Ausarbeitungen war nicht viel zu merken. Das ist eben in so vielen sozialen Gesellschaften nicht möglich, weil jeder glaubt, der erntet zu sein und nach Leidenschaftlichen seine Stimme prapaziert. In einem Massenchor ist es dem einzelnen Mitgliede leicht, sein Material zu zeigen, und es wird trotzdem ein grandioser Effekt erzielt. — Sehr gut schmeckt der „Probefest“ ab, eine gut geschulte, aus gutem Material zusammengesetzte Vereinigung, die mit guter Intonation (bis auf eine hohe Stelle am Schluß jeder Strophe, die regelmäßig zu tief genommen wurde) und musterhafter Textausprache den „Lindenbaum“ sang. Welche künstlerische Wirkung müßte ein aus solchem Material bestehender gemischter Chor erzielen! Ein kleiner gemischter Chor „Schmiedefeld“ sang einen Nöbber in ziemlich tragwürdiger Verfassung. Gerade solche Stücke verlangen gute Stimmen und ausgeübte Ausführung.

* Humboldt-Verein für Volkshilfsmittel. Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, wird Herr Redakteur Dr. Derrm. Hamburger im Auditorium Maximilian der Universität einen Vortrag über: „Deutschen Humor“ halten. Der Eintritt ist frei.

* **Freie Turnerschaft Breslau.** Die Kartoffel- und Heringspartie des Vereins in diesem Herbst wird am Sonntag, den 20. Oktober, nach Klein-Maffelwitz, Faches Kaffeehaus, gemacht. Abmarsch Punkt 2 Uhr von der Endstation der Elektrischen Bahn in Böpelwitz (Lektor Heller). Zur Teilnahme sind alle Mitglieder verpflichtet. Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu besonders eingeladen.

* **Achtung, Bauanwärter!** Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2. Es kommen wichtige Angelegenheiten zur Verhandlung.

* **Arbeiter-Samariter!** Zu der gestrigen Notiz ist zu bemerken, daß die Uebung nicht Sonnabend, sondern Sonntag, den 27. Oktober stattfindet. Nach der Uebung gemütliches Beisammensein.

Aus Breslau (Land)-Neuwart.

* **Arbeiter.** Freitag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr wird im Schulhaus, 1. Etg., eine Sitzung der Gemeindefunktionäre abgehalten. Alle Gemeindefunktionäre haben Zutritt.

Der montenegrinische Krieg.

Wien, 17. Oktober. Der Spezialkorrespondent der „Zeit“ schreibt aus Podgoritz, daß die Montenegriner nach dem Kampfe bei Berane diesen Ort selbst erobert haben. Die türkische Besatzung habe sich mit viel Munition, Gewehren und mit 14 Geschützen ergeben.

Wien, 17. Oktober. Nach einer Meldung aus Cetinje haben die Montenegriner bis jetzt ungefähr sechshundert Tote und reichlich tausend Verwundete zu verzeichnen.

Petersburg, 17. Oktober. Einem Petersburger Telegramm zufolge erfährt die „Nowoje Wremja“ aus bester diplomatischer Quelle in Berlin: Oesterreich-Ungarn habe sich mit Rußland in der Sandschak-Novi-Bazar-Frage vollständig geeinigt und alle Mächte in verbindlicher Form durch die Erklärung benachrichtigt, daß es nur an die Aufrechterhaltung des status quo in Sandschak Novi-Bazar denke. Infolgedessen besitze Oesterreich-Ungarn nunmehr das Recht, den Sandschak Novi-Bazar zu besetzen, sobald es durch die Anwesenheit türkischer oder montenegrinischer Truppen hierzu einen Grund erblicke. (2) Diese Forderung würde auch Oesterreich-Ungarn bis zum Ende des Krieges ausreicht erhalten, um das Gebiet sodann unmittelbar nach dem Friedensschluß an die Pforte zurückzugeben.

Der neue Erfolg der Montenegriner.

Podgoritz, 16. Oktober. Die Montenegriner nahmen nach zweitägigem Kampfe Berane. Sie machten 700 Gefangene und erbeuteten 14 Geschütze.

Podgoritz, 17. Okt. Die Einnahme der Stadt Berane erfolgte gestern mittag. Der Einzug der Truppen unter General Wukotitsch wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Außer 12 unbeschädigten Krupp- und 10 Panzerkanonen ließen die Türken viel Munition, anderes Kriegsmaterial und Proviant für zwei Monate zurück.

Türkische Mobilisierung an der russischen Grenze?

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Reservedivisionen von Erzerum, Erzincjan und Saisurt in der Nähe der russisch-türkischen Grenze, die bis jetzt von der Mobilisierung nicht betroffen wurden, erhielten den Mobilisierungsbefehl. Der Kriegsminister soll am Sonntag nach Adrianopel reisen, um den Oberbefehl zu übernehmen. Es verlautet, zwei türkische Divisionen trafen in Skutari ein. Die Kriegsmaterialtransporte werden von hier sieberhaft fortgesetzt. Lange Reihen von Reservisten, die aus der Provinz eintreffen, durchziehen überall die Straßen.

Türkische Kriegsschiffe angriffsbereit?

Bukarest, 17. Oktober. Eine Bukarester Pechese der „Königlichen Zeitung“ berichtet: Der gestern von Konstantina eingetroffene englische Petroleumdampfer „Serwia“, Kapitän Stark, habe morgens kurz nach drei Uhr, 25 Meilen von der bulgarischen Küste entfernt, drei Kriegsschiffe erblickt, welche seine Signale nicht beantworteten. Nach der bestimmten Ansicht des Kapitäns handelt es sich um drei türkische Kriegsschiffe, in deren Nähe sicherlich noch andere sich befanden, und die sich zum Angriffe auf die bulgarische Küste anschickten.

Keine Fleischzufuhr aus Rußland?

Posen, 16. Oktober. Anstatt der heute fälligen Fleischlieferung aus Warschau traf hier die Nachricht ein, daß die Zufuhr von Fleisch aus Rußland verboten worden ist.

42 Tote bei dem australischen Grubenunglück.

Queenstown (Australien), 16. Oktober. Von den in der Northwell-Mine verschütteten Bergleuten wurden insgesamt 51 gerettet. Die Jagd der Toten dürfte sich auf 42 belaufen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach. Breit. Zeitgeit. d. W. S. + Zeit.	15. Oktober		16. Oktober		17. Okt.	
	Tem. mittl.	Wind. mittl.	Tem. mittl.	Wind. mittl.	Tem. mittl.	Wind. mittl.
Luftwärme (C) . . .	+10.1	+6.7	+4.8	+7.3	+7.5	1.4
Luftdruck (mm) . . .	762.3	764.4	754.2	754.8	755.1	752.5
Luftdruck (mm) . . .	6.5	6.9	6.8	6.2	6.4	4.9
Dunstfugigkeit (%) . .	68	80	90	66	60	65
Wind (0-12)	SW 3	SW 3	SW 2	SW 3	SW 1	SW 2
Wetter	mollig bewölkt		bewölkt		heiter	

*) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	15. Okt.		16. Okt.		17. Okt.	
	Wasser	Wind	Wasser	Wind	Wasser	Wind
17. 10. 1. 220.96 2. 2. 0.06	1.821.60	4.56	2.291.230.97	5.12	1.280.80	—
16. 10. 1. 520.94 2. 2. 0.4	3.781.34	4.60	2.391.132.1	8.5.10	1.220.86	1.6
17. 10. 1. 630.98 2. 2. 0.42	2.462.07	4.07	2.381.68	1.56	1.5.00	0.14

*) Ausmerkmärke: L. 3.50; für Fischen (Diers) 0.14; Niedrigung 4.27.

Bersammlungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 14. Bezirk Dürrgoy. Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Calle, Poppelstraße 23.

Reuthen. Sozialdemokratischer Verein. Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Gohlstraße 7: Mitgliederversammlung. Genossin Agnes Gahrenwald-Berlin berichtet über: Die Frau im Kampfe um Menschenrechte. Mitgliederbuch legitimiert.

Deutscher-Lissa u. Umgeg. Zimmerer-Zentral-Krankenkasse. Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr: Jahrlag bei Feigler. Tagesordnung: Abrechnung und Mitteilung von der staltensenden Generalversammlung.

Glogau. Fabrikarbeiter. Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Schreyer: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Königsbrunn. Gewerkschaftslokal. Umständehalber findet die Kartellung nicht Donnerstag, den 17., sondern Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, statt.

Sipine. Fabrikarbeiter-Verband. Montag, den 21. Oktober, nachmittags 8 Uhr und abends 7 Uhr: Sitzung. Referent: L. Podemski.

Märzdorf. Protestversammlung. Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Garten des Herrn Wohl in Märzdorf.

Märzdorf. Bauarbeiterverband. Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 6 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Gaufanferenz. 2. Verschiedenes.

Neustadt O. Schuhmacher-Versammlung. Sonntag, den 19. Oktober. Thema: Die Lage in der Schuhindustrie und die einheitliche Lohnzahlung des Vereins selbstständiger Schuhmachermeister. Referent: Bruno W. Breslau.

Oblau. Fabrikarbeiter. Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im befallenen Lokal: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Bekanntmachungen der Rad-, Sport- und Gesangsvereine.

(In dieser Rubrik kostet die Zeile 30 Pfg.)

Fauer. Arbeiter-Nachfahrerverein. Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr: Monatsversammlung.

Am 15. Oktober, nachts 1 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet, infolge eines Unglücksfalles in seinem Beruf, mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Cousin und Neffe, der **Putzer**

Max Mücke

im blühenden Alter von 36 Jahren 8 Monaten.

Leicht sei ihm die Erde!

Dies zeigt tiefbetrübt an

Die trauernde Gattin nebst Kindern und Anverwandten.

Die Beerdigung findet Freitag, den 18. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach dem St. Erlöser-Friedhof in Oswitz statt.

Am 15. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tante, Schwiegerin, Schwiegermutter und Grossmutter

Frau Anna Neukirch geb. Seiler

im Alter von 47 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

E. Neukirch nebst Kindern.

Beerdigung: Sonnabend, den 19. Oktober, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes, Bunzlauerstrasse aus.

Freie Religionsgemeinde E.V. **Mans Heinz Ewers,**
Das Mitglied Frau **Anna Neukirch** 4227
Hochnotpeinnliche Geschichten
nur 15 Pfg.
ist gestorb. Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, von der Halle, Bunzlauerstr. Trauerhaus: Friedrichstrasse 67.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Am 15. d. Mts. verschied plötzlich infolge eines Unglücksfalles unser Kollege, der **Putzer**

Max Mücke

im Alter von 36 Jahren 8 Monaten.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Sektion der Putzer des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes des Zweigvereins Breslau.

Beerdigung: Freitag, mittags 12 1/2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach dem St. Erlöser-Friedhof in Oswitz.

Am 15. Oktober verschied nach langem Leiden der

städtische Heldobeamte a. D.

Julius Krockner

im Alter von 69 Jahren.

Der Verstorbene war mir seit einer Reihe von Jahren ein lieber, guter Freund, dessen Andenken ich stets in Ehren halten werde.

Berthold Weese.

Beerdigung: Freitag, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes, Bunzlauerstrasse.

In der Blüte seiner Jahre entries uns der Tod unseren lieben Freund und Kollegen, den **Schlosser**

Gustav Jähndel.

Wir verlieren in ihm einen langjährigen Mitarbeiter, der sich durch seine Kollegialität und Freundschaft ein dauerndes Andenken bei uns, auch über seinen Grabeshügel hinaus, gesichert hat.

Die Kollegen der Firma A. Gassmann.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Salvator-Friedhofes aus statt.

Herodias St. Julian der Jäger

Ein schlichtes Herz

Spannende Erzählungen.
Nur 15 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Am 15. d. Mts. verschied plötzlich infolge eines Unglücksfalles unser wertee Mitglied, der **Putzer**

Max Mücke

im Alter von 36 Jahren 8 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Zweigverein Breslau).

Beerdigung: Freitag, den 18. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr, vom Allerheiligenhospital aus nach dem St. Erlöserfriedhof in Oswitz.

Am 15. d. Mts. verschied infolge Bauunfalles unser langjähriges Mitglied, der **Maurer**

Max Mücke

im Alter von 36 Jahren, 8 Monaten.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Freitag, den 18. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr, vor der Leichenhalle des Allerheiligen-Hospitals nach dem Erlöser-Friedhof in Oswitz.

Am 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, verstarb unser lieber Vater, der **Arbeiter**

Karl Steuer

im Alter von 56 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Kinder.

Beerdigung: Sonnabend, mittags 12 1/2 Uhr, vom Wenzel Hanckeschen Krankensaue nach Gräbschen.

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der **Hilfsarbeiter**

Karl Steuer

im Alter von 57 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Zentral-Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.
Ortsverwaltung Breslau.

Achtung! Rohtabak!

Sumatra nur alte edle Tabake, ca. 30 Sorten in jeder Preislage u. Farbe

Ausnahme-Offerte: Heller Tabak . . . 2.50
Heilfahler Tabak . . . 2.80

dessl. Umblatt 1.70, 1.80 bis 2.—

Vorstenland verkehrt gerollt, schön hell, 2.20, 2.50, 2.80, 3.20 bis 4.80

Java Umblatt leichte trockene Tabake, 1.60, 1.70, 1.80 bis 2.10

Carmen Umblatt 1.40, 1.50, 1.60, 1.70

Pfälzer alte, gutbrennende Ware 1.—, 1.02, 1.05 bis 1.20

Märker in allen Sortierungen 0.90, 0.95, 0.98 bis 1.10

Losgut garantiert rein überseeisch Ia 1.—, 1.05

Grus 0.55, 0.60, 0.65, 0.75 bis 1.20

Alle übrigen Tabake ebenfalls billigst.

Carl Rother & Rode

Breslau, Hummeri 26.

Alkoholfreie Getränke
= Bilz-Sinalco =

Brauns, Brause
Steine, Hermann, Langgasse 62.
Stodtke, J., Caféstr. 12 (Brauerei).
Stodtke, W., Dörfelstr. 20.
Schulz, Carl, Schulstr. 123.
Thomas Brause,
Dörfelstr. 20, Telefon 2311.

Bäckerien und Konditoreien

Wider, Walter, Feinbäckstr. 48.
Wider, August, Feinbäckstr. 5.
Wider, J., Feinbäckstr. 36, Ecke Dörfelstr.
Froth, Carl, Odorstr. 29.
Doffmann, P., Weichstr. 30, Feinbäckstr. 55.
Dörfel, Gustav, Caféstr. 21.
Kraus, Wilhelm, Weichstr. 35.
Marzotto, Josef, Weichstr. 3.
Wagner, Eduard, Weichstr. 45.
Wald, Gust., Weichstr. 54.

Baueinrichtungen

Wiegand, Carl, Neue Café 14.

Bandagisten

Rulke, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.
Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18.

Bekleidern und Schnittwaren

Geschw. Kapst, Andersstr. 2.

Bier-Brauerien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau,
Genossenschaftsbrauerei
„Zum Nussbaum“ e. V. m. b. H.
Genossensch.-Brauerei, Schanzenstr.

Hopf & Gärde Jubiläums-Bier.

Wenzel, J., Karlsruherstr. 36.
Wenzel, Franz, J., Hubenstr. 76.
Wenzel, G., Feinbäckstr. 23.
Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlensäure

Schlang, Paul, Schanzenstr. 33.

Café

Seiler, Friedrich-Café, Weichstr. 53.

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Obelstr. 7.
pl. Lu. II. G.

Damen-Schneiderei

Sehn, A., 48 Unterstr. 48, Laden.

Drogen und Farben

Augusta-Drogerie, Weichstr. 22.
Victoria-Drogerie, Gröblichstr. 56.
Hygiea-Drogerie, Klosterstr. 147.
Möller-Drogerie, Klosterstr. 11.
Kraus-Drogerie, Neue Weichstr. 110.
Kraus, Bruno, Feinbäckstr. 16.
Kraus-Drog., Weichstr. 102, Ecke Dörfelstr.

Eisen- u. Stahlwaren

Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.
Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.
Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.

Fahrräder, Nähmaschinen

Wider, Walter, Feinbäckstr. 48.
Wider, August, Feinbäckstr. 5.
Wider, J., Feinbäckstr. 36, Ecke Dörfelstr.

Erscheint 8 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkauf empfohlen.

Weiss- und Wollwaren

Fleischerien u. Wurstfabriken

Hartsch, Paul, Zehnerstr. 18.
Kraus, Paul, Weichstr. 15.
Kraus, Paul, Weichstr. 15.
Kraus, Paul, Weichstr. 15.
Kraus, Paul, Weichstr. 15.

Bäckerien u. Konditoreien

Wider, Walter, Feinbäckstr. 48.
Wider, August, Feinbäckstr. 5.
Wider, J., Feinbäckstr. 36, Ecke Dörfelstr.

Baueinrichtungen

Wiegand, Carl, Neue Café 14.

Bandagisten

Rulke, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.
Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18.

Bekleidern und Schnittwaren

Geschw. Kapst, Andersstr. 2.

Bier-Brauerien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau,
Genossenschaftsbrauerei
„Zum Nussbaum“ e. V. m. b. H.
Genossensch.-Brauerei, Schanzenstr.

Hopf & Gärde Jubiläums-Bier.

Wenzel, J., Karlsruherstr. 36.
Wenzel, Franz, J., Hubenstr. 76.
Wenzel, G., Feinbäckstr. 23.
Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlensäure

Schlang, Paul, Schanzenstr. 33.

Café

Seiler, Friedrich-Café, Weichstr. 53.

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Obelstr. 7.
pl. Lu. II. G.

Damen-Schneiderei

Sehn, A., 48 Unterstr. 48, Laden.

Drogen und Farben

Augusta-Drogerie, Weichstr. 22.
Victoria-Drogerie, Gröblichstr. 56.
Hygiea-Drogerie, Klosterstr. 147.
Möller-Drogerie, Klosterstr. 11.
Kraus-Drogerie, Neue Weichstr. 110.
Kraus, Bruno, Feinbäckstr. 16.
Kraus-Drog., Weichstr. 102, Ecke Dörfelstr.

Eisen- u. Stahlwaren

Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.
Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.
Hörner, Carl, Weichstr. 170, Kolonialwaren.

Landsberg, Max.

Wittmann, Carl, Weichstr. 15.
Wittmann, Carl, Weichstr. 15.
Wittmann, Carl, Weichstr. 15.

Hochzeits- u. Beerdigungsführer

Rulke, Carl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Hüte und Mützen

Barth, J., Obelstr. 7.
pl. Lu. II. G.

Herren-Artikel

Wider, Walter, Feinbäckstr. 48.
Wider, August, Feinbäckstr. 5.
Wider, J., Feinbäckstr. 36, Ecke Dörfelstr.

Kinderwagen

Goetz Söhne, Weichstr. 15.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Weichstr. 15.

Photographische Ateliers

Lichtspielhaus National-Theater

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Süßmann, D., Weichstr. 15.

Kohlen u. Sektets

Kolonialwaren

Konfitüren und Schokoladen

Korsetts

Lampen

Leder-aren und Sattlerei

Linoleum, Wachstuche

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Massivholz- u. Holzwaren

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Möbel-Magazine

Karsunky, Weichstr. 15.

Nähmaschinen

Heidrich, Weichstr. 15.

Optiker

Galke, Max, Weichstr. 15.

Papier- und Schreibwaren

Buscher, Weichstr. 15.

Photographische Ateliers

Hilbig, M., Weichstr. 15.

Pflanzenbutter

Photographische Ateliers

Putz, Modes

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Restaurateure

Sargmagazine

Seifengeschäfte

Schankwirtschaften

Schirme, Stöcke

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuh-Union

Syndow, August

Trauer-Kleidung

Uhren und Goldwaren

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Waren- u. Kaufhäuser

Abend, Kern

Dawid, E.

Wild- und Geflügel

Zahn-Ateliers

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten

Ausland.

Der Friede von Lausanne.

Ueber die Friedensbedingungen zwischen Italien und der Türkei erfährt man, daß von dem ursprünglich erstellten Projekt einer jährlich zu zahlenden Entschädigung Abstand genommen wurde, und daß Italien als Abfindung für die in Tripolis liegenden Staats- oder Kirchengüter eine einmalige Zahlung von 50 Millionen Lire leisten wird.

„Giornale d'Italia“ sagt, daß der Erlaß, den der Sultan unterzeichnen werde, sich an die Bewohner Libyens wendet und erklärt, daß der Sultan über keine Mittel mehr verfüge, sie zu unterstützen, und daß er dem Kriege, der für sie und ihre Familien verhängend und für die Türkei gefährlich sei, kein Ende machen könne. Zu ihrer eigenen Wohlfahrt gewähre er ihnen daher die Autonomie im weitesten Umfange.

Wie die „Tribuna“ meldet, wird der Sultan gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Erlasses über die Autonomie Libyens seinen Vertreter für den Schutz der türkischen Interessen ernennen. Dieser wird, wie „Giornale d'Italia“ mitteilt, Chems Eddin Bey sein, dessen Gehalt von Italien bezahlt wird, und der seinen Wohnsitz in Tripolis nimmt. Die türkischen Beamten sollen, wie in Bosnien, durch den Scheich ul Islam ernannt werden.

Wie die „Tribuna“ meldet, würde Italien auf den Erlaß des Sultans ebenfalls ein Dekret veröffentlichen, das namentlich an die Araber gerichtet ist und die ihnen die besten Dienste gewährt, die gegen Italien gekämpft haben. Es heißt, daß sie die Waffen niederlegen. Die Araber, die Widerstand leisten, sollen als Aufständische angesehen werden. Weiterhin werde der Sultan ein Forderungsbescheid, in dem den Bewohnern der ägäischen Inseln volle Amnestie gewährt wird und umfassende Garantien für die dort durchgeführten Reformen geboten werden.

Hierauf soll dann der eigentliche Friedensvertrag unterzeichnet werden. Der erste Abschnitt des Vertrags behandle die Einstellung der Feindseligkeiten, der zweite die Zurückziehung der Truppen aus Arabien und der italienischen Truppen von den ägäischen Inseln. Die Räumung der Inseln werde jedoch nur nach der Räumung Libyens erfolgen. Die Türkei verpflichtet sich, den Waffenstillstand aufzuheben, während sich Italien verpflichtet, die internationalen Verträge der türkischen Pforte für den aus den libyischen Einkünften kommenden Teil aufzunehmen. Durch die Unterzeichnung des Vertrages sei die Rechtslage wie vor dem Kriege wieder hergestellt für die Handelsverträge wie für die türkischen Staatsangehörigen der Türkei.

Die Pforte beschloß im Einvernehmen mit Italien, die Friedensbedingungen noch nicht zu veröffentlichen.

England.

Krieg der Armut!

Man schreibt uns aus London: V. R. Unter diesem Schlagspruch hat ein gemeinsames Komitee der Independent Labour Party und der Fabian Society eine große Kampagne unternommen. An die Regierung wird die Forderung gestellt, in der nächsten Session gesetzliche Maßnahmen einzuführen, die jedem ein Mindestmaß zivilisierter Lebenssicherung sichern sollen. Am Mittwoch fand in London unter dem Vorsitz Sidney Webb's eine von 300 Delegierten, hauptsächlich von Organisationen, besuchte Konferenz statt, die diesem Programm gemäß Resolutionen über die folgenden Forderungen eingehend diskutierten und annahm: Gesetz zur Einführung eines allgemeinen Minimallohns, des Achtstundentages, zur Sicherung eines Wohnungsminimums von drei Stuben und einer Wäsche für jede Familie, zur Sicherung von Nahrungsmitteln, Kleidung und ärztlicher Aufsicht für alle Kinder, und endlich zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit, der vollständigen Krankenfürsorge und Abschaffung des Armenrechts.

Rußland.

Proteste gegen die Gefangenemorde in den libyischen Gebirgszonen.

Die bekannte Grenzlinie im Libanon, die eine Anzahl politischer Gefangener zum Selbstmord getrieben haben, haben rean in der Wüste gefunden. In Warschau fand auf die Initiative der sozialistischen Organisationen aus zahlreichen Fabriken ein eintägiger Proteststreik statt, an dem sich mehr als 10.000 Personen beteiligten. In der Petersburger Unterstadt fand am 7. Oktober ein Protestmeeting

statt, an dem sich tausend Personen beteiligten, und das von der Polizei aufgelöst wurde. Soweit die vorläufigen Mitteilungen aus Rußland. In Paris fand dieser Tage aus demselben Anlaß in dem großen Saal der Wissenschaftlichen Gesellschaften eine von mehr als zweitausend Personen besuchte Protestversammlung statt, in der neben den Rednern der russischen sozialistischen Parteien Grumbach von der deutschen Sozialdemokratie, Rubio und Gaston Levy von der französischen Partei sprachen. Eine einstimmig angenommene Protestresolution gesteht die entsetzlichen Zustände in den russischen Gefängnissen und die blutige Politik der zarischen Regierung.

Amerika.

Neuer Geist in alten Organisationen.

Der große Zimmererverband hat auf seinem Verbandskongress in Washington eine scharfe Abweisung nach links vollzogen. Es lag ein Antrag vor: Beschlossen, daß es die Pflicht unserer Organisation sein soll, unter den Mitgliedern die Lehre von der Abschaffung des jetzigen Lohnsystems und der Errichtung eines genossenschaftlichen Gemeinwesens zu verbreiten, wodurch das Problem der Arbeitslosigkeit mit den daraus folgenden Leiden der Menschheit verdrängt wird, und ferner beschloß, daß wir unseren Mitgliedern das Studium der sozialen Frage in den Versammlungen der Ortsvereine zur Pflicht machen. Dem Antrag, den das Komitee empfahl, wurde zuerst von einigen Delegierten widersprochen, aber namentlich von Delegierten aus Kanada und Kalifornien wurde er bekräftigt. Einer der letzteren erklärte, in Kalifornien habe es in schon nach dem Antrag. Daher sei auch dort die Volksgesetzgebung und das Stimmrecht für eine halbe Million Frauen eingeführt. Am Ende wurde der Antrag unter jubelndem Beifall angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß kein Beamter des Verbandes mit der Civic Generation in Verbindung stehen dürfe, worauf der Präsident Duber erklärte, daß er sich von der Civ. Gen. zurückziehen werde.

Der slowenische Arbeiterführer Marobu Popovina Vednota, der 9.000 Mitglieder zählt, beschloß auf seiner in Milwaukee abgehaltenen Versammlung, seine Mitglieder zum Anschluß an die sozialistische Partei aufzufordern. Von den 130 Delegierten traten sich 40 als Mitglieder der Partei ein; die übrigen erklärten sich als der Partei sympatisch.

Sozialistische Reichsversammlungen.

Ein alle Erwartungen übersteigender Erfolg war die Versammlung, die mit vier Rednern, darunter die beiden Reichspräsidenten, in New York abgehalten wurde. Trotz hohen Eintrittsgeldes war der vorige, 12. 90 Personen füllende Saal gefüllt und etwa halb soviel fanden keinen Zutritt. Einmal waren Frauen im Mittel. Noch imposanter war die Versammlung in Philadelphia, in der 2000 Menschen zum erstenmal war. In der Convention, die 2000 Menschen füllte, gefüllt. Delegierte von auswärts waren zu Hunderten erschienen. Teils Rede, die durch Waffenhölzer eingeleitet war, wurde jubelnd aufgenommen. Gruppe wert, unter dem Gesang revolutionärer Lieder, gegen die Massen beim. Am 15. September demonstrierten in Boston 15.000 Personen für Cator und Woodruff.

Arbeiterbewegung.

Wahlen zur Angestelltenversicherung in Dessau.

Bei der Wahl zur Angestelltenversicherung in Dessau, die am Dienstag stattfand, stimmten von 150 Wahlberechtigten 916. Davon erhielten:

Freie Vereinigung	261
Deutsch-Nationale	27
Kaufm. und technische Angestellte	331
Private Beamten-Verein	17

Von der Freien Vereinigung wurde zum Vertrauensmann Ingenieur Conrad Kote, zum ersten Ersatzmann Arbeitersekretär Ernst Böckel gewählt.

Ein Protest gegen Agitationemethoden des Deutschen Bankrentenvereins geht aus Frankfurt a. M. zu. Es wird uns geschrieben:

Herr Fürstberg aus Berlin hatte am 14. Oktober in der Versammlung im großen Saal in einem Referat eine Reihe Behauptungen in bezug auf den Stand der technisch-industriellen Beamten und den Zentralverband der Handlungsgehilfen aufgestellt, die jeder tatsächlichen Begründung entbehren. Nach

Schluß des Referates wollte Herr Kohn namens des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, sowie ein Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten zur Nichtabfertigung der falschen Anschuldigungen gegen ihre Organisationen das Wort ergreifen. Der Vorsitzende verweigerte jedoch die Entgegung auf die falschen Anschuldigungen des Referenten. Meldungen zur Geschäftsordnung wurden nicht zugelassen, ja, als erneut das Wort zur Geschäftsordnung verlangt wurde, verweigerte dies der Vorsitzende mit den Worten: „Hier gibt es keine Geschäftsordnung“, und ließ die Unterzeichneten nur wegen des Verlangens, zur Geschäftsordnung zu sprechen, gewaltsam aus dem Saal entfernen.

Wir stellen hiermit zur Kenntnis der Öffentlichkeit fest, daß der Zentralvorsitzende des Deutschen Bankbeamtenvereins, Herr Fürstberg-Verlin, andere Verbände angreift, und daß durch die Verleumdungsleitung des Deutschen Bankbeamtenvereins Erwiderungen und Nichtabfertigungen nicht zulässig sind und die Opponenten aus dem Saal werfen.

Frankfurt a. M., den 14. Oktober 1912.
H. Kohn, Gaubeamter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

A. Meyer, Vorsitzender des Zentralverbandes der Handlungsgeh., Th. Voelker, 1. Vorsitzender des Bundes der tech.-ind. Beamten, H. Schmidt, Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten.

Die Arbeiter der Reichswerke wiederholen ihre Forderungen. Die Arbeiter der Reichswerke in Kiel hielten Montag abend eine Massenversammlung ab, in der die wirtschaftliche Lage der Arbeiter der Reichswerke eingehend besprochen und die Parteiführer mit der letzten Entlassungen vorgenommen worden sind, scharf kritisiert wurde. Die Versammlung beschloß schließlich eine Resolution, durch die die Arbeiteraustritt und die Organisationsleitung beantragt werden, die Wünsche und Forderungen der Arbeiter, wie sie in den Gesetzen von 1907 und 1909 niedergelegt sind, erneut dem Reichsminister zu unterbreiten. In der Resolution wird ferner die Erwartung ausgedrückt, daß die Kündigungen und Entlassungen der vertriebenen und älteren Arbeiter zurückgenommen werden.

Am Streik der Treibriemenmacher in Fürstentum. Der Streik der Treibriemenmacher der Fürstentum der Berliner Treibriemenfabrik Schwarz u. Co. in Fürstentum wurde durch die in bürgerlichen Zeitungen wird die Schauermar verbreitet, daß der Streik einen jetzt noch dort beibehaltenen Streik, früheren Meister in Schellen, überfallen und misshandelt hätten. Eine Klage wegen Körperverletzung soll gegen die Arbeiter schon eingeleitet sein. Tatsache ist, daß keiner der Streikenden an einem solchen Überfall beteiligt gewesen ist, noch ist bis jetzt keinem der streikenden Arbeiter die Gründung eines Strafverfahrens zuacqunnen, obgleich mehr als zwei Wochen seit dem angeblichen Überfall verstrichen sind.

Die Firma verliert neuer den Blicken zu erwaten, als wären die ausstehenden Arbeiter von ihr entlassen worden. Wahr ist, daß die Sattler in der Abwehr gegen die fortwährenden Entlassungen ihrer Vertrauenspersonen die Arbeit einmütig eingestellt haben, nur zwei von 32 Beschäftigten sind im Betriebe stehen geblieben. Die Firma hat seit langem verkehrt, ihre stillen Arbeitskräfte aus Schellen zu beziehen. Durch die Maßnahmen der Organisation sind diese Quellen anheimelnd verlegt. Jetzt werden die Zeitung in anderer Landesteile mit Inbraten überbrücken. Da diese Arbeitskräfte vom Berliner Hauptgeschäft und auch direkt vom Fürstentum der Betrieb ausströmen ist die allergrößte Nothwendigkeit bei Arbeitsangeboten zu beobachten. Beide Betriebe sind für Treibriemenmacher und Pflanzarbeiter abgeernt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zur Bekämpfung der Fleischnot

wurde auf der Konferenz der ober-schlesischen Gemeinden folgendes mitgeteilt:

Abgesehen von der Einfuhr von frischem Fleisch aus Rußland sei nur aber auch eine Erhöhung des für den ober-schlesischen Industriebezirk zugelassenen Kontingents an russischen Einfuhrschweinen um wöchentlich 500 Stück vorgesehen. Ferner habe der Herr Landwirtschaftsminister sich damit einverstanden erklärt, daß diejenigen russischen Schweine, die im ersten Halbjahr 1912 nicht nach Ober-schlesien eingeführt worden sind, und deren Zahl sich auf 1859 Stück beläuft, in der Zeit von Anfang Oktober d. J. bis Ende März 1913 nachträglich noch eingeführt werden können, und

Roovelets Verwundung.

Roovelets Verwundung. Roovelets Verwundung waren am Mittwochabend mit dem Tode des Patienten im allgemeinen unrettbar geworden, doch ist Roovelets Verwundung so günstig wie bei der Verwundung aus Milwaukee. Die Verletzung der rechten Hand zeigt, daß der Heilungsprozess ein normales Verlauf nehmen wird. Der Täter Schrank wurde in Milwaukee vor den Richter geführt und als des Mordverdachts schuldig im Kriminalgericht überwiegen. Der Prozess wird jedoch erst stattfinden, bis man Gewißheit über den Ausgang der Verwundung Roovelets hat. Schrank besaß eine Anzahl Anhänger an anarchistischer oder sozialistischer Tendenz anwerben zu sein. Er wird in seiner Zelle scharf bewacht. Die Behörden vermuten, daß Gabelin ihn zu seiner Tat veranlaßte. In New York wurde festgestellt, daß Schrancks Frau Emilie Ziegler bei der Katastrophe des „Stocum“ im Jahre 1904 umgekommen ist. Zeit fordert die Bürger zu gemeinsamen Vorhaben gegen derartige Verwundungen auf. Der Mayor von New York Gaynor schreibt solche Taten den Delegierten der selben (das heißt der Sensations-) Presse gegen Männer im öffentlichen Leben zu. Solche Degeneration verletzten die Charaktere was schließlich Mordverbrechen sind. Zeit fordert die Bürger in New York auf, sich nicht weiter während seiner Anwesenheit in New York aufzuhalten, sondern zu gehen. Politisch ist ein Still und in der Kammer der Prozeßlisten im New Yorker Hauptquartier eingetrennt. Auch der demokratische Kandidat Wilson sagte alle Kampagnenreden ab, bis Roovelet wieder aktiv in den Wahlfeldzug eingestift.

Krieg und Christentum.

Von Friedrich Bodenstedt. Ihr mögt von Kriegen und Verdrüßm So viel und wie ihr wollt verdrüßm, Nur schweigt von eurem Christentum, Sprecht aus Kanonenschländen Bedürft ihr Broden eures Wuts, So schlagt euch, wie die Heiden weiland, Verleßt, so viel ihr müßt, des Bluts, Nur redet nicht dabei vom Heiland. Nach gläubig schlaßt das Lärchenher Die Schlacht zum ruhme seines Allah, Wir haben keinen Odin mehr, Tot sind die Götter der Wahalla. Seid was ihr wollt, doch ganz und frei Auf dieser Seite wie auf jener, Verhaft ist mir die Heuchelei Der kriegerischen Nazaren.

Aus aller Welt.

Zum Brüsseler Millionbetrug. Durch die gerichtliche Untersuchung werden täglich neue Betrügereien aufgedeckt. Sicher ist, daß mindestens für 30 Millionen (die Deutsche Tageszeitung) freich sogar von 30 Millionen) falsche Schuldverschreibungen der Eisenbahngesellschaft in Umlauf gesetzt worden sind. Dem „Berl. L.-A.“ werden noch folgende Einzelheiten über den groß angelegten Schwindel mitgeteilt:

Durch ein Versehen hat der Untersuchungsrichter den Urheber der Fälschungen, Nestor Wilmart, entlassen lassen. Der Untersuchungsrichter hätte ihn nach einer ersten Vernehmung am Freitag früh auf den Nachmittag wieder zu sich bestellt. Wilmart erschien aber nicht, sondern fuhr nach seinem Schloß Marienburg, wo er Gäste hatte. Nach einem vergnügt verbrachten Abend bestieg er dann sein Automobil und fuhr der französischen Grenze zu auf Nummerwiedersehen.

Nestor hatte drei Schloßherren, ausgedehnte Domänen und Jagden, war ein wahrhaftiger Sportsman und führte das Leben eines Grandseigneurs. Er war in der Großindustrie, Hausfinance und politischen Kreisen gleich ansehnlich, und nur so wurde es ihm möglich, daß er alle Banken, auch die Spartakus, mit Millionen-Befehlen auf die gefährlichen Obligationen hineinzuverleihen vermochte. Man glaubt auch, daß auch in Frankreich große Beträge untergebracht wurden und schätzt die Gesamthöhe der Schwindelbeute auf über 20 Millionen Frank. Wilmart beschäftigte einen ganzen Stab von Agenten für die Verleitung dieser Obligationen, und um möglichst nicht selbst herzugetreten, gab er den Unterhändlern, die das Geschäft auf eigenen Namen machten, außerordentlich hohe Provisionen.

In der Angelegenheit des Fälschers der Obligationen der Eisenbahngesellschaft Wilmart wird jetzt bekannt, daß dieser gestern einem Brüsseler Freund aus der Umgegend von Brüssel telegraphisch mitgeteilt hat, er sei tödlich verunfallt (?). Die Polizei hat jedoch bisher keine Verstecke nirgends aufgefunden können. Man nimmt daher an, daß er vielmehr das Telegramm nur deshalb abgefaßt hat, um die Polizei irre zu führen. Wie jetzt bekannt wird, sind 24 Bankinstitute mit 26 bis 30 Millionen Francs geschädigt.

Der Tschuktscha. Wegen Verurteilung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen wurde gestern der Leutnant der Reserve im Trainbataillon Nr. 17 Rechtsanwalt Dr. Hoffmann aus Langfuhr vom Kriegsgesicht der 36. Division in Langfuhr zu drei Wochen Festungshaft verurteilt; der mitangeklagte Leutnant Dr. Schmalz wurde auf Lebenszeit verurteilt.

Paul Tamus erhielt wegen Kartelltragers einen Laa Festungshaft. Die Verurteilung zu der Hausarreststrafe büdete ein Rencontre, das Rechtsanwalt Dr. Hoffmann mit einem anderen Referent in einem überfüllten Eisenbahnhof auf der Fahrt von Oliva nach Langfuhr räumte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die erlittenen niedrigen Strafen werden kaum dazu angetan sein, abschreckend auf ähnlich gesinnte Elemente zu wirken.

Selbstmord eines Rentiers. Der Rentier der Berliner Akademie der bildenden Künste, Rechnungsrat Schuppel, der nach Unterschlagung von 30.000 M. flüchtig geworden war, hat in Ravensberg (M. Kleinburg) Selbstmord verübt. Seine Leiche wurde gestern nachmittags dort gefunden. In der Nachtsche fand man eine Briefkarte mit der Adresse einer Münchener Dame. Weitere Ausweisapapiere fand man nicht vor. Der Tote war viel in Münchberg aufgehalten und ist dort sehr bekannt.

Verhaftete Schmuggler. Aus Paris wird gemeldet: In Chamberly (Departement Oise) wurden nach hartnäckigem Widerstand vier Leute festgenommen, die in einem Automobil Tabak und Zigarren im Werte von 15.000 Francs eingeschmuggelt haben. Einem der Verhafteten gelang es, die Tür seiner Zelle zu erbrechen und zu entfliehen. Es heißt, daß die Schmuggler Belgier sind.

Seine schwangere Frau zu Tode mißhandelt, hat in Halle a. S. ein Arzter Seemann. Aus Wut über das zu erwartende Kind bearbeitete der rohe Patron die arme Frau so lange mit Fustriren, bis sie tot war. Ferner verletzete er zwei zu Hilfe eilende Nachbarinnen schwer. Der Mordling wurde verhaftet.

Die Mont Genis-Zentrale niedergebrennt. Wie aus Chamberly gemeldet wird, wurde die auf italienischem Boden gelegene elektrische Zentrale in Bardonecche, die zur Elektrifizierung der Mont Genis-Linie dienen soll, durch eine Feuerbrunst zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen geschätzt.

Reichthum-Alkohol-Verschaffer verurteilt. Die Strafkammer in Gießen verurteilte gestern nach siebenstündiger Verhandlung den Drogeriebesitzer Kernebeck aus Gellendörchen wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz durch Feilhalten von Spiritosen zu zwei Jahren Gefängnis. Kernebeck hatte im vergangenen Jahre, vor allem in der Zeit des Bergarbeiterstreiks, Spiritosen zur Selbstbereitung von Branntwein verkauft. Durch den Gewinn dieses Branntweins waren sieben Personen an Methyl-Alkohol-Vergiftung gestorben.

